

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der wertvollen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 923

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amthliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 90.

Mittwoch, den 16. April 1919.

26. Jahrg.

Eberts Osterhoffchaft.

WEI. Weimar, 15. April. Der Reichspräsident Ebert richtet an die Nationalversammlung folgende Osterhoffchaft:

Die Nationalversammlung als berufene Vertretung des deutschen Volkes sprach am 10. April mit großer Einmütigkeit die Erwartung aus, daß die Reichsregierung nur einem Frieden der Verständigung und der Versöhnung zustimmt und jeden Vertrag ablehnt, der die Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes und der Menschheit preisgibt. Ich begrüße die Hoffchaft als ein Bekenntnis des unbeugsamen Willens des deutschen Volkes, daß der kommende Friede ein Friede der dauernden Verständigung und der Versöhnung der Völker sein soll und daß er damit auch Deutschland die Möglichkeit geben muß, diesen Grundsatz der Verständigung und Versöhnung dauernd zu beobachten. Der Wille des deutschen Volkes wird für die Reichsregierung maßgebend sein. Die Nationalversammlung und die Reichsregierung arbeiten mit der Hingabe und Energie an der Erfüllung ihrer großen historischen Aufgabe, Friede, Freiheit und Brot und eine neue Staatsform für ein großes Volk zu schaffen. Die Aufgabe ist schwer zu erfüllen, so lange diejenigen, die es in der Hand haben, der Welt den Frieden zu geben, sich noch von dem Gefühl des Völkerrasses und der Rache beherrschen lassen und durch ihre Hungerblockade und die drohende Existenzvernichtung das deutsche Volk zur Verzweiflung treiben. Bereits vor fünf Monaten vereinbarten wir unter Annahme der Bedingungen unserer Gegner die Grundlagen für den Friedensschluß mit ihnen. Wir erfüllten die schweren Aufgaben des Waffenstillstandes, lösten unser Heer auf, gaben die feindlichen Kriegsgefangenen heraus, aber noch immer wird uns der Friede vorenthalten. Obgleich wir wehrlos und wirtschaftlich am Ende sind, werden wir durch die Blockade noch abgesperrt, werden unsere Gefangenen immer noch in Feindesland zurückgehalten. Das ist gleichbedeutend mit der Fortsetzung des Krieges und eine Belastung, wie sie wohl noch kein Volk zu bestehen hatte. Wir taten alles, um bei unseren Feinden den Friedensschluß zu erreichen, um unser Volk von dieser unerträglichen Qual zu befreien. Die Verantwortung für alle die Folgen, die sich aus der Fortdauer des jetzigen Zustandes für uns, für das übrige Europa und letzten Endes für die ganze Welt ergeben müssen, fällt somit auf sie. Dies mögen auch unsere Gegner sich in zwölfster Stunde vor Augen halten. Friede, Arbeit, Brot und ein neues Deutschland zu schaffen, ist aber auch unmöglich, so lange Teile unseres eignen Volkes im Kampfe verharren, der unser schwer darniederliegendes Staats- und Wirtschaftsleben vollends zu vernichten droht. Wohl wurde viel gesündigt am deutschen Volke in den vier schweren Kriegsjahren. Darum ist es unsere erste Pflicht, zu verzeihen, zu helfen und zu bessern, aber der Drang der Massen nach Menschlichkeit und Menschenwürdigkeit ist keine Entlastung für die Handvoll führenden Anruhestifter, die planmäßig den Ausbau der deutschen Republik zu zerstören trachten. Das neue Deutschland soll aufgebaut werden im Wege energischer und organischer Ausgestaltung zum sozialen Volksstaat.

Den wirtschaftlichen und sozialen Interessenvertretungen soll ein dauernder Einfluß auf die Gestaltung des Staatswesens eingeräumt werden. Besonders die rechtliche Frage ist Gegenstand eingehender Prüfung der Regierung. Aber das neue Deutschland kann nicht geschaffen werden durch den radikalen Sprung ins Dunkle, der sicher ein Sprung in den Abgrund wäre. Die bolschewistische Diktatur der Minderheit des Proletariats würde den Industriestaat Deutschlands sicher in wenigen Monaten ruinieren.

Selbstverständlich muß den berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten Rechnung getragen werden. Dafür wird sich immer die Regierung einsetzen, aber sinnlose politische Streits setzen das Schicksal der Arbeiter und ihrer Familien aufs Spiel und müssen zur Verelendung führen. Deshalb gebietet uns das Lebensinteresse des deutschen Volkes, diesen Bestrebungen mit allen Kräften entgegenzutreten und gegen die Gewaltaktion terroristischer Elemente entschieden einzuschreiten.

Ein schneller Friede nach außen, stehend auf einer Grundlage der Verständigung und des Wohles aller Völker, ist für uns eine Lebensfrage. Aber nicht weniger beruht unsere Rettung vor dem Untergang auf der Notwendigkeit von Frieden und Arbeit im Innern, und darum wende ich mich in dieser ersten Stunde an unser deutsches Volk in allen seinen Schichten mit der machenden Bitte: Laßt von der Selbsterfleischung ab, überwindet Euch, tut Eure Augen vor dem Abgrund auf und arbeitet!

Und Sie, die Abgeordneten unseres Volkes bitte ich: Wohin Sie auch gehen während der Pause, die heute in Ihren Beratungen eintritt, wirken Sie überall für den Frieden, die Arbeit und unser Vaterland. Unser neues Deutschland darf nicht zu Schanden werden.

Berlin, den 15. April 1919.

Der Reichspräsident Ebert.

gegengezeichnet:

Der Präsident des Reichsministeriums:
Scheidemann.

Nationalversammlung.

Der 1. Mai geistlicher Feiertag.

Dienstag, 15. April 1919.

38. Sitzung. Vormittags 9 1/2 Uhr.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.
Abg. Scheide (Dnal. Sp.) führt Beschwerde über die von den Franzosen vorgenommenen Verhaftungen von Vorstandsmitgliedern der deutschnationalen Volkspartei in Saarbrücken, die geschildert werden, mit den Bolschewisten in Verbindung gestanden zu haben. (Hört, hört! rechts.)

Vertreter der Waffenstillstandskommission Dr. Hammer: Die Verhaftungen sind teils unter der angeführten Beschuldigung, teils aber auch wegen Verbindung deutschnationaler Geinnung anläßlich einer Bismarckfeier am 1. April erfolgt. Wir haben schärfsten Einspruch eingelegt. Ein Teil der Verhafteten ist bereits freigelassen worden.

Abg. Frau Mendel (D. Sp.) erkundigt sich nach dem Schicksal der in Belgien widerrechtlich zurückgehaltenen deutschen Schwestern. — Ein Vertreter der Waffenstillstandskommission antwortet, daß man annehmen könne, daß sie jetzt sämtlich in die Heimat abtransportiert sind.

Abg. Kagenstein (Soz.) macht Vorschläge zur Behebung der Wohnungsnot und fordert Höchstpreise für Wohnungen.

Ein Regierungskommissar: Die Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot sind in erster Reihe Sache der Einzelstaaten und der Gemeinden. Das Reich hat im Augenblick nur die Möglichkeit, die Einzelstaaten und die Gemeinden zu unterstützen. Höchstpreise für Wohnungen sind unbrauchbar.

Es folgt die erste Lesung der Vorlage zur Festsetzung des 1. Mai als Nationalfeiertag.

Nach der Regierungsvorlage sollte der 1. Mai zum allgemeinen Nationalfeiertag erhoben werden. Hierzu beantragt Abg. Payer (Dem.) und Abg. Müller (Soz.), den entscheidenden Paragraphen 1 wie folgt zu fassen:

Für Weltfrieden, Völkerverständigung und internationalen Arbeitsschutz wird ein allgemeiner Feiertag eingeführt, für den der Charakter eines Weltfeiertages erstrebt wird. Seine endgültige Festlegung erfolgt nach Friedensschluß und Verabschiedung der Verfassung. Für dieses Jahr wird er auf den 1. Mai gelegt. Er soll eine Kundgebung für Erhaltung der politischen und sozialen Fortschritte, für Erlangung eines gerechten Friedens und Befreiung der Kriegsgefangenen und für einen auf aller Gleichberechtigung aufgebauten Weltfriedensbund dienen. Der 1. Mai gilt im Sinne reichs- und landesgesetzlicher Vorschriften als allgemeiner Feiertag.

Nach dem gleichen Antrage soll die Überschrift des Gesetzes heißen: „Entwurf eines Gesetzes über einen allgemeinen Feiertag.“

Die Unabhängigen beantragen, neben dem 1. Mai auch den 9. November zum allgemeinen Feiertag zu machen.

Reichsminister Dr. David: Wir fordern einen allgemeinen Feiertag, der den hohen Ideen des internationalen Arbeitsschutzes und des Weltfriedens geweiht sein soll. Dem internationalen Charakter dieses Tages entsprechend, soll dahin gewirkt werden, daß dieser Feiertag ein Weltfeiertag werde, als geeigneter Tag dafür wird der 1. Mai in Vorschlag gebracht. Dieser Tag ist ein uralter Naturfesttag. Die kämpfende Arbeiterklasse hat in diesen Naturfesttag ein hohes Kulturbild hineingelegt: die Befreiung von der Fron einer übermäßigen Arbeitszeit, als der Voraussetzung eines hohen Kulturlebens. (Beifall bei den Soz.) Eine hohe ethische Idee wurde mit der Forderung einer vernünftigen Begrenzung der Arbeitszeit begründet. Die Arbeit ist für die menschliche Gesellschaft eine ehrende Notwendigkeit. Aber sie darf den Einzelmenschen nicht zum Fluche werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die moderne kapitalistische Entwicklung bedrohte Millionen von Menschen mit gesundheitlichen Schädigungen und persönlicher Verelendung. Dagegen kämpfte die Arbeiterklasse mit dem Kulturbewußtsein erwachener Arbeiterklasse auf. (Sehr wahr! bei den Soz.) In sinnvoller Anwendung des Kantischen Sittengesetzes, daß der Mensch seinen Mitmenschen nicht als bloßes Mittel zum Zweck mißbrauchen dürfe. So entstand die Forderung des Achtstundentages. Die Revolution hat der deutschen Arbeiterklasse mit einem Schlage die Erfüllung dieser Forderung gebracht. Sie muß aber auch international gesichert werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

bei den Soz.), schon im Hinblick auf die internationale Konkurrenz. Daher fordern wir internationale Festlegung des Achtstundentages und der gesamten Arbeiterschutzgesetzgebung auf der Friedenskonferenz. Der 1. Mai soll nunmehr ein allgemeiner Weltfeiertag werden.

Der sozialdemokratisch-demokratische Antrag wurde mit 161 gegen 86 Stimmen bei 19 Stimmenthaltungen angenommen. Die Unabhängigen stimmen da gegen.

Darauf wird das Wirtschaftsermächtigungs-gesetz in der Ausschussfassung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Kalifgesetzes.

Der Ausschuss hat die Regierungsvorlage mit der Aenderung angenommen, daß spätestens bis zum 1. April 1920 eine Regelung der Materie durch ein besonderes Reichsgesetz erfolgen muß. Von den Unabhängigen liegt ein Antrag auf Einarbeitung des Kalifsystems bei dem Kalibergbau vor.

Die Vorlage wird nach kurzer Debatte in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der deutschnationalen und unabhängigen Sozialisten angenommen.

Hierauf verliest Ministerpräsident Scheidemann die bereits gemeldete Osterhoffchaft des Reichspräsidenten.

Der Verlesung folgt lebhafter Beifall bei allen Parteien. Das Haus geht in die Osterferien.

Präsident Fehrenbach erhält die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen.

Schluß 3 Uhr.

Die Bewegung im Reich.

Die Lage im Industriegebiet bessert sich fortschreitend, wenn auch diese Besserung sich nur langsam vollzieht. Es scheint, daß noch immer große Widerstände am Werke sind, die sich dem nötigen Abbruch des Streiks entgegenstellen. Dies zeigt sich vor allem in den westlichen Revieren von Hamburg, Duisburg, Oberhausen und Essen, wo der Einfluß der Kommunisten und Unabhängigen am stärksten ist. Im östlichen Revier, besonders in der Gegend von Dortmund und Bochum, hat sich die Lage wesentlich gebessert. Im Revier Dortmund I betrug der Rückgang des Streiks 57 Prozent.

Die Streikleitung in Düsseldorf hat ein Ultimatum gestellt. Wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden, soll der Generalstreik noch verschärft werden. Die erste Forderung ist Zurückziehung der Regierungstruppen. Gas- und Elektrizitätswerk sind noch nicht im Betriebe. Der Buchdruckerstreik ist zwar beendet, jedoch können die Druckereien nicht arbeiten, weil sie keinen Strom haben.

Der Bergarbeiterstreik auf den saar-westfälischen Gruben ist auf einstimmigen Beschluß der Konferenz der Sicherheits-Vertrauensmänner beider Bergarbeiterorganisationen abgebrochen. Der Bezirksleiter des christlichen Verbandes setzte auseinander, die Lage im Revier habe sich derart zugespitzt, daß die Entscheidung der Pariser Regierung nicht mehr abgewartet werden könne.

Dienstag vormittag ist der Eisenbahnbetrieb in Hallestadt infolge des Werkschlägerstreiks völlig stillgelegt. Der Streik ist für 48 Stunden verurteilt. Er soll erreichen, daß Halberstadt in eine höhere Lohnklasse versetzt wird. Der Verkehr der Personen- und Güterzüge über Halberstadt ist unterbunden.

In einer Sitzung des Braunschweiger revolutionären Aktionsausschusses wurde darüber beraten, ob der Generalstreik fortgesetzt werden sollte. Für die Fortsetzung des Streiks erhob sich keine Stimme. Es wurde beschlossen, am Mittwoch den Generalstreik abubrechen, wenn die Beamtenschaft am Dienstag den Dienst wieder aufnimmt und wenn die Arbeitgeber sich bereit erklären, die Streiklöhne zu bezahlen und von Maßregelungen abzusehen. Diese Bedingungen lehnen wieder die Beamten und auch die Arbeitgeber ab. Die selbständigen Gewerbetreibenden haben sich zusammengeschlossen, um den Bürger- und Beamtenstreik durchzuführen zu helfen. Die Geschäfte sollen so lange geschlossen bleiben, bis die Arbeiterklasse den Generalstreik beilegt.

Aus Schöningen in Braunschweig meldet der „Volksfreund“: Dr. Barth hat den Genossen Hilfe ersprochen. Der Körper ist gesünder. Die Mutter des Dr. Barth ist als Geisel freigesetzt. Ferner sind durch Versehen von Handgranaten drei Personen getötet und vier verwundet worden.

In einer Versammlung der Obleute der Angestellten-Ausschüsse Groß-Berlins wurde beschlossen, für den Fall der Ablehnung des Mitbestimmungsrechts durch die Regierung in den Generalstreik einzutreten. Dieser soll, wenn die Betriebsversammlung dem Beschluß ihrer Obleute zustimmt, bereits morgen beginnen. Den nach Weimar entsandten Vertretern der streikenden Berliner Bankbeamten erklärte der Reichspräsident, daß der Widerstand der Bankleitungen gegen das Mitbestimmungsrecht der Angestellten zwar psychologisch verständlich sei, aber er könne nicht aufrechterhalten werden, denn der alte Herrenstandpunkt des Unternehmertums müsse endgültig zu Grabe getragen werden. Die Volksregierung habe volle Sympathie für die Forderungen der Angestellten und sie habe auch in einem Kabinettsbeschlusse zum Ausdruck gebracht, daß sie den Bankbeamten das Mitbestimmungsrecht in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses zugesichert wolle.

In Köln streiten 5000 Angestellte der Industrieunternehmen. Der Oberkommandierende der britischen Truppen am Rhein, Herbert Plumer, erließ eine Bekanntmachung, in der er verordnet, daß alle Ausstände angefehlend sind.

Aus Weimar wird gemeldet, daß heute die gesamte Stadt Magdeburg besetzt worden sei. In verschiedenen Stellen habe es harte Kämpfe und auf beiden Seiten Tote und Verwundete gegeben.

Helmstedt, das seit der Befreiung des Ministers Landsberg durch die Helmstedter Polizeibeamten von der braunschweigischen Volkswacht besetzt worden war, ist von Regierungstruppen genommen.

In Jena ist das Rathaus von Spartakisten besetzt worden. Gegenmaßnahmen sind ergangen.

Nach einer Meldung des „Volksboten“ haben die Arbeiter in Duisburg den Generallstreik beschlossen.

Eine Versammlung der Obmänner der streikenden Berliner Betriebe erklärte auf Antrag ohne weitere Diskussion mit allen Stimmen der Anwesenden sich für den Generallstreik. Die Angelegenheiten-Abstimmungen in den einzelnen Betrieben fanden nicht statt.

In einer Versammlung der Unabhängigen und Kommunisten in Königsberg wurde beschlossen, am Donnerstag in den Generallstreik einzutreten, falls die Behörden nicht folgende drei Punkte bewilligen: 1. Entfernung der Grenzschutztruppen aus Königsberg, 2. Aufhebung des Belagerungszustandes und 3. Gewährung der in den militärischen Besatzungen vorhandenen Lebensmittel an die Zivilbevölkerung. Diese Forderungen wurden durch eine Kommission vormittags dem kommandierenden General und dem Oberpräsidenten überreicht. Verhandlungen führten dem Vernehmen nach zu einer Einigung auf der Grundlage, daß der Belagerungszustand von Mittwoch mittags 12 Uhr verfassungswidrig aufgehoben wird und daß die Grenzschutztruppen nach außerhalb der Stadt verlegt werden mit Ausnahme eines Teils, der notwendig zur Sicherung der durchgehenden polnischen Truppen bestimmt ist. Ferner sollen die Verfahren gegen die politischen Inhaftierten nach Möglichkeit beschleunigt werden. Der Vorrat an Lebensmitteln in den Militärbeständen vorhandener Lebensmittel an die Zivilbevölkerung wird nicht entzogen werden.

Der Münchener Kampf um die Macht.

Aus Bamberg meldet die „Völkische Zeitung“: Der bayerische Verkehrsminister v. Frauendorfer, der aus München in Bamberg eingetroffen ist, berichtet, daß der Hauptbahnhof durch schwere Artillerie und Mörserfeuer demoliert ist. Das Hauptpostamt und andere öffentliche Gebäude befinden sich noch in den Händen der Käterregierung. Ueber die Ziele der Gegner, unter denen sich hauptsächlich die republikanische Schutzwehr befindet, ist noch nichts Rechtes zu erfahren. In der Hauptstadt richtet sich der Kampf gegen die fremdländischen Elemente und die überparteiischen Literaten.

Aus Nürnberg berichtet das „B. L.“, daß unter den verhafteten Mitgliedern des Zentralrates, die teils nach Eisingen, teils nach Passau in Automobilen gebracht wurden, sich auch der Student Pöschel befinden soll. Trotzdem existieren in München auch danach noch Proklamationen mit seiner Unterschrift. Diese lassen aber zur Irreführung der Arbeiterklasse hergestelltes sein. Die Münchener Garnisonen haben das zum größten Teil wiederum einmal neutral erklärt, während das 1. Infanterie-Regiment, das sich am Tage vorher dem Kommandanten der regierungstreuen Truppen zur Verfügung gestellt hatte, mit fliegenden Fahnen in das Lager der Spartakisten übergegangen ist. Stadtkommandant ist jetzt in München Rudolf Gschlitz. Er hat Abgabe aller Waffen innerhalb 12 Stunden bei sonstiger Erschießung angeordnet.

Die Forderungen der Entente.

Der von uns kürzlich erwähnte Sachverhalt bringt nähere Angaben über die Regelung der Saarfrage dahin, daß Frankreich das dauernde Eigentum an den Kohlenbergwerken haben wird und die französischen Geisze dort maßgebend sein werden. Deutschland wird verantwortlich bleiben für alle bezüglich der Landeseinwohner eingegangenen Verpflichtungen, soweit ihre Rechte nicht durch das französische Gesetz anerkannt werden. Frankreich soll Polizeirechte ausüben, die Staatspolizei oder dem Völkerbunde zugehören, der die Verwaltung des Gebietes einer Art Direktorium von fünf Mitgliedern, nämlich einem Landesangehörigen, einem Franzosen und drei von dem Völkerbunde zu Ernennenden, übertragen wird. Die Einwohner des Saargebietes werden alle politischen Rechte auf die Wähler der britischen Körperschaften behalten, aber keine Abgeordneten in das deutsche Parlament senden. Dieser Zustand soll fünfzehn Jahre dauern, nach deren Ablauf die Einwohner des Saargebietes haben sollen, über ihre weiteren politischen Verhältnisse durch eine Volksabstimmung zu entscheiden. Falls sie den Willen äußern, unter der Verwaltung des Heimatlandes zu bleiben, wird Deutschland Frankreich die Bergwerke abzulassen müssen. Der durch Sachverständige festgesetzte Preis soll in Gold oder in gleichwertigen Werten erzielt werden.

Von dem Schiedsgericht in Höhe von 125 Milliarden Franken werden 55 Proz. Frankreich zufallen, alles in Gold, Kohlen, Werten oder marktgängigen Werten in Jahresabzahlungen zahlbar, deren Mindestbetrag im Vertrage festgelegt wird.

Schließlich werden die Pensionen der Militärpersonen, die jährlich 4 Milliarden Franken erreichen, Deutschland zur Last fallen. Das Land Abnehmer wird neutralisiert. Auf dem rechten Rheinufer ist die Bildung eines neuen militärisch neutralen Gebietes in Größe von 35 Kilometern zu erwarten.

Zu diesen, von Deutschland unannehmbaren Bedingungen schreibt „Samarit“: Wir erwarten mit einem Gefühl von Grauen und Ekel die Veröffentlichung der definitiven Klausel, die dieses hypochondrische Barzbrechen aufheben soll, falls Willen nicht doch noch im letzten Augenblick in einer Aufhebung von Entente versagt wird.

Landesbesetzung für die Volkserziehung.

Die Friedenskonferenz hielt eine öffentliche Sitzung ab zur Festsetzung des von ihrer sozialistischen Kommission mit dem Vorbehalt des Compensationsprinzips Entwurfs eines Weltamtes zur Regelung der Arbeit, insbesondere der Arbeitszeit und Festlegung des Fortschrittes. Der Entwurf steht vor, daß die Regierungen dazu ihre Vertreter entsenden, und daß die anschließende Sitzung des Amtes noch in diesem Jahre in Washington stattfinden sollte. Der belgische Sozialistische Bunderteil war unter allen Rednern der einzige, der den Rat hat zu sagen, daß diese Gründung eines Weltamtes der Welt ein unheimliches Unrecht sei, solange die Arbeiterklasse Europas davon ausgeschlossen sei. Denn auch zu diesem Kongreß in Washington sollen die Arbeiter Mitbestimmung noch nicht erlangen werden. Er betonte noch, daß nur ein Sieg an der Weltkonferenz der Arbeiter erreicht werden könne.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Kriegsbeschädigten als Sturmbröck.

Wir lesen im „Vorwärts“: Was in Dresden am Sonnabend geschehen ist, das ist nicht aus der Unreife einer zufälligen Situation entstanden, sondern nach einem vorbedachten Plan verübt worden. Es war ein schreckliches Theaterstück mit gekstellten Szenen und gemachter Entrüstung, das unvorhergesehen in Berlin gespielt werden sollte, dessen Schauplatz aber nach Dresden verlegt wurde, da die Aufführung in Berlin misslang. Das Regiebuch hat der „Vorwärts“ schon in seinem Abendblatt vom 8. April veröffentlicht in Form folgender Mitteilung:

Ein laudbarer Mann ist, wie uns von vertrauenswürdigem Geiz mitgeteilt wird, anlässlich der Taugung des Rätekongresses in den Räumen einiger radikaler Drahtzieher entstanden. Auf der Suche nach einem geeigneten Anlaß für den demnächst fälligen Generallstreik ist man auf die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen der gefallenen Kriegsteilnehmer verfallen. Sie sollen ohne ihr Wissen die Sturmtruppe bilden, um die mangelnde Begeisterung der Arbeiter für Generallstreik zu erlangen. Und das denkt man sich so: Die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen der Gefallenen sollen zu einer Demonstration aufgerufen werden, um der Regierung wirtschaftliche Forderungen dieser gemäß nicht auf Kosten arbeitender Volksgenossen zu unterbreiten. Man rechnet mit der Ablehnung der Forderungen durch die Regierung und will dann dafür sorgen, daß die Demonstranten nun für die Forderung dieser Regierung auf der Straße und vor der Reichskasse demonstrieren. Hierbei — so spekulieren die Drahtzieher — wird es zu Konflikten mit den Truppen kommen, und so ist die Stimmung für den Generallstreik geschaffen. Unter dem Deckmantel: Fort mit der Regierung, die mit Gewalt gegen die Krüppel, Witwen und Waisen vorgeht, schafft man, so spekulieren die Drahtzieher, die Grundlage für einen in weiten Kreisen populären Generallstreik.

Was dann am 9. April in Berlin verübt wurde, ist drei Tage später in Dresden ausgeführt worden. Zu bemerken ist nur, daß der Plan schon damals nicht mehr neu war, denn schon am 6. Januar hatte der jetzige Vorsitzende des Bundes vom „Reichsbund“ abgeplante „Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten“ keine Kolonnen als Kanoniertruppen des Bürgerkriegs in der Siegesallee zu sammeln verübt, was dann im „Reichsbund“ zu heftigen Auseinandersetzungen Anlaß gab. „Arme Kriegsbeschädigte sollten zwangsgeworben werden, damit man mit ihnen Leichen spazierenfahren und das heilige Schicksal ausgeben könnte, die mehrheitssozialistische Regierung lasse auf Kriegskrüppel schließen.“

Die deutsche Kohlenwirtschaft.

Im Reichswirtschaftsministerium trat der Sachverhalt in die Beratung, der auf der Grundlage des Reichskohlengesetzes vom 23. März über die zukünftige Ausgestaltung der deutschen Kohlenwirtschaft zu beraten hat. In der Eröffnungsansprache wies der Reichswirtschaftsminister auf die Bedeutung der zu treffenden Entschlüsse für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands hin und warnte vor sprunghaftem Vorgehen beim Bau der neuen Organisation, da nur von der organischen Entwicklung aus dem Vorhandenen Gutes erwartet werden könne. Nach dem von der Regierung vorgelegten Arbeitsplan soll das Ausführungsgesetz bis Ende Mai mit dem Sachverständigenrat zusammen in endgültiger Fassung fertiggestellt sein, Anfang Juni dem Staatsauschuß und der parlamentarischen Kommission vorgelegt und Mitte Juni verkündet werden. In der zweiten Hälfte Juni sollen dann die gemeinschaftlichen Verbände und der Reichskohlenrat nach dem Gesetz gebildet werden, damit am 30. Juni die Kohlenwirtschaft endgültig sozialisiert ist.

Gegen den Belagerungszustand über Sachien.

Die Verkündung des Belagerungszustandes und des Standrechtes für Sachien gibt dem Landesvorstand der U. S. P. Sachiens Veranlassung, einen Aufruf an die Arbeiter und Parteigenossen Sachiens zu richten. Der Vorstand fordert darin das werktätige Volk Sachiens auf, gegen den Grenzschutz, gegen die Bewaffnung des Bürgerheeres, die Bildung Weißer Garden, die Verwendung von Regierungstruppen gegen die streikenden Arbeiter, den Belagerungszustand und die Entsendung von Kosche-Truppen Protest einzulegen und jede Gelegenheit zu benutzen, diesen Protest zum Ausdruck zu bringen.

Bei den Unruhen am Sonnabend wurden 2 Personen getötet und 10 schwer verletzt. Die Leiche des ermordeten Ministers konnte bis jetzt nicht aufgefunden werden.

Zur Lage in Bayern.

Die Abstimmung der Münchener Mehrheitssozialisten ergab 3479 Stimmen für und 3507 Stimmen gegen die Beteiligung an einer Käterregierung. Zwei Drittel der Parteimitglieder haben sich bei der Abstimmung enthalten.

Auf die Meldung, daß die Münchener Spartakisten einen Teil der roten Armee nach Augsburg entsenden wollten, um die Anerkennung der Käterrepublik zu erzwingen, ließ der Augsburger Ehrenkassenbehörde die Schienen bei Wörthring aufreißen, wonach der Zugverkehr eingestellt ist.

In den Straßen Münchens sollen große Kämpfe stattfinden. Zuverlässige Nachrichten fehlen. Der unterirdische Kreisbauernrat will gegen die Diktatur vorgehen und fordert Verhaftung der Bauernschaft.

Italien.

Neue Ausstände sind in Oberitalien ausgebrochen. In Verona traten die Gasarbeiter in den Streik, so daß die Gasversorgung der Stadt aufgehört hat. Durch den in Turin ausgebrochenen Streik der technischen Betriebsleiter und Arbeiter sind 40 000 Arbeiter betätigungslos geworden. In Bologna und Neapel werden neue Ausstände gemeldet. In der Mailänder Vorstadt Porta Venezia kam es zu erregten Zusammenstößen, als die Polizei eine Volksversammlung unter dem Himmel auflösen wollte. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Als Waffe kamen von der Menge nur Steine benutzt worden zu sein, während die Polizei mit Revolvern vorging.

Rußland.

Rückzug der Militärs. Eine offizielle Remermeldung bezeugt die Lage der alliierten Truppen in Nord- und Südrußland entziffern für kritisch. Ueber 60 000 Ententetruppen sind in unmittelbarer Gefahr, teils eingeschlossen, teils ins Meer getrieben zu werden. Nach Nordrußland sind Verstärkungen unterwegs. In Südrussland ist der allgemeine Rückzug angeordnet worden. Sebastopol wurde eilig in Verteidigungszustand gesetzt.

Türkei.

Sühne für die Armeniermassaker. Der frühere Gouverneur von Tokat Nizam Mahmud Paşa wurde der Mithridat an den armenischen Massakern schuldig befunden, und in Istanbul aufgehängt. Der frühere Kommandant der Gendarmerie erhielt 15 Jahre Gefängnis. — Damit hat die Abrechnung für die unglückseligen Armeniervernichtungen in der Türkei begonnen. Die türkische Regierung tut gut daran, mit unerbittlicher Strenge an den Schuldigen Gericht zu üben. Die Schuldigen bilden eine kleine mächtige Oberschicht im türkischen Volk. Das Volk in seiner Gesamtheit hat mit jenen Sühneleistungen nichts zu tun.

Kleine politische Nachrichten.

Ueber die Verwendung der Eubendorff-Spende macht das Kriegsministerium bekannt, daß die Mittel dieser Spende ausschließlich zur sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte bestimmt sind, d. h. für Kriegsteilnehmer, die durch den Krieg Schaden an ihrer Gesundheit erlitten haben und dadurch in ihrer Erwerbsfähigkeit behindert sind. Kriegshinterbliebenen kann die Volksspende keine Hilfe gewähren.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 16. April.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins beschäftigte sich am Dienstag mit den Arbeiterwahlen und der Mafisez. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende, Genosse Paul Böwig, den verstorbenen Mitgliedern einen ehrenden Nachruf. Genosse Kromme referierte hierüber über die Wahlen zum Lübecker Arbeiterrat, die am 27. April stattfanden, und betonte die Notwendigkeit einer neuen Agitation, damit Lübeds Arbeiterchaft einen vollen Sieg erringen möge. Der Referent ging auf die wichtigen Funktionen der Arbeiterräte näher ein (wir bringen den Rätebeschluss hierüber an anderer Stelle) und hob auch den Gegensatz in der Herabfrage zwischen unserer alten Partei und den Unabhängigen hervor. Die politische Machtübertragung an die Räte müßten wir ablehnen. In die Ausführungen von Genosse Schloß schloß sich eine rege Aussprache, in der u. a. Genosse Salomon die bedauerliche Tatsache verurteilte, daß bei der Delegiertenwahl zum Rätekongreß ein Unabhängiger gewählt wurde. Genossen, die so handelten, hätten kein Recht, weiter im Arbeiterrat tätig zu sein. Redner wandte sich auch gegen die Aufstellung der Genossen Stellung und Bromme, da diese zu sehr überlastet seien, um die wichtige Tätigkeit ausfüllen zu können. Dieser Einwand wurde noch von mehreren Genossen erhoben. Genosse Haut geistete ebenfalls die furchtbare Wahl des Unabhängigen zum Rätekongreß. Einen breiten Raum nahm die Frage der Gruppierung der Kandidaten ein, wobei Vertreter kleinerer Gewerkschaften an auswärtsreichere Stellen gestellt werden wollten. Es wurde aber auch eingewendet, daß die großen Gewerkschaften entsprechend ihrer Mitgliederzahl nicht besser dastünden. Auch die Kriegsbeschädigten traten für eine Sondervertretung ein, wobei von ebenfalls aufgestellten Kandidaten, die kriegsverletzt sind, betont wurde, daß deren Interessen selbstverständlich allgemein wahrgenommen werden. Der Antrag, Stellung und Bromme zu freizeiten, wurde abgelehnt, ein Antrag Kuran, eine besondere Staatsbeamtenkandidatur aufzustellen, wieder zurückgezogen, nachdem festgestellt worden war, daß die Staatsbeamten unter den aufgestellten Kandidaten vertreten sind. Die vom Gewerkschaftsrat aufgestellte Liste fand dann mit einer Verschiebung einstimmige Annahme. Sie enthält folgende Namen:

1. William Bromme, Parteisekretär.
2. H. Bumann, Metallarbeiter.
3. Adolf Böwig, Metallarbeiter.
4. Carl Köhler, Schauermann.
5. Heinrich Reimer, Bauarbeiter.
6. Johannes Stellung, Redakteur.
7. Max Mischak, Brauer.
8. Friedrich Burchardt, Holzarbeiter.
9. Julius Raumann, Chorleiter.
10. Georg Wagner, Schuhmann.
11. Wilhelm Menburg, Fabrikarbeiter.
12. Wilh. Maack, Metallarbeiter.
13. Wilh. Alwert, Metallarbeiter.
14. Albert Zehm, Formler.
15. Christ. Budnitz, Metallarbeiter.
16. Joachim Bremer, Gemeindeführer.
17. Gustav Krup, Schlachter.
18. Carl Sandgaard, Tabakarbeiter.
19. Heinz Timme, Eisenbahnkassierer.
20. Friedrich Miffeldt, Eisenbahner.
21. Hans Trahan, Steinseher.
22. August Haut, Handlungsgehilfe.
23. Bernhard Gerwanz, Werkmeister.
24. Anna Bloß, Zeitungsirägerin.
25. K. Krüger, Schneider.
26. H. Salamon, Buchdrucker.
27. Richard Götz, Bäcker.
28. Behrens, Oberpostkassierer.
29. Bernhard Venting, Müller.
30. Joh. Lange, Zollekretär.
31. J. Saumann, Kohlenarbeiter.
32. Carl Gamm, Zimmerer.
33. Christian Thies, Böttcher.
34. Friedr. Polster, Holzarbeiter.
35. C. Kellmann, Lastenarbeiter.
36. Wilh. Grundt, Fabrikarbeiter.
37. Wilh. Mambacher, Zeichenlehrer.
38. Emil Knapp, Metallarbeiter.
39. Herm. Benhien, Lagerarbeiter.
40. Fritz Steen, Maurer.
41. Paul Krieger, Bureauangestellter.
42. Rudolf Koelling, Techniker.
43. Herm. Dörfling, Seemann.
44. Heinz Büßmann, Metallarbeiter.
45. H. Bode, Straßenbahner.
46. Johannes Knack, Köhler.
47. Heinz Pries, Töpfer.
48. F. Waack, Tischler.
49. Franz Schmidt, Gärtner.
50. Adolf Barnde, Metallarbeiter.
51. Wilh. Wegner, Eisenbahnkassierer.
52. Albert Brandes, Lithograph.
53. Wilh. Bedmann, Lagerhalter.
54. Anton Puls, Besetzungsvorsteher.
55. Wilh. Mengel, Geschäftstücher.
56. Joh. Weber, Steinmetz.
57. Heinz Jabs, Straßenbahner.
58. Herm. Schütt, Fabrikarbeiter.
59. Fritz Kolbow, Metallarbeiter.
60. C. Giende, Ruffler.
61. Wilh. Müller, Metallarbeiter.
62. Willi Kruse, Metallarbeiter.
63. Bernh. Wegner, Fabrikarbeiter.
64. Heinz Wulfram, Metallarbeiter.
65. Richard Schod, Metallarbeiter.
66. Gustav Kleinfeldt, Zimmerer.
67. Emil Treunig, Metallarbeiter.
68. C. Will, Postausgehender.
69. Theodor Schneider, Werkmeister.
70. K. Grube, Kalarbeiter.
71. Heinrich Oldorf, Fabrikarbeiter.
72. Herm. Beder, Buchbinder.
73. Fritz Goll, Fabrikarbeiter.

- 74. Wtlh. Koydel, Metallarbeiter.
- 75. Wtlh. Cuvcl, Brauereiarbeiter.
- 76. Koachim Freitag, Fabrikarbeiter.
- 77. Ernst Sorant, Fabrikarbeiter.
- 78. Ernst Schermer, Lehrer.
- 79. S. Sannetom, Fabrikarbeiter.
- 80. Frau Schmittlinski, Arbeiterin.

Genosse Pauli hat ergründet, recht kräftig für unsere Ziele zu wirken, da ja auch die Unabhängigen, Kommunisten und insbesondere die Bürgerlichen sich ins Zeug legen würden, um der Arbeiterpartei die in dieser wichtigen Körperschaft zu entreißen. Die Frage der Pflichtenbindung mit den Unabhängigen wurden dann erörtert und betont, daß eine solche nur unter der Voraussetzung einer sachlichen Kammerweise gesehen könne. Bis jetzt hätten die Unabhängigen überall, wo Arbeiterpartei gewählt hätte, die Pflichtenbindung, die denn auch abzulehnen wurde. Ueber die Maßnahme gab Genosse Pauli ein kurzes Referat, in dem er hervorhob, daß die Arbeiterpartei als erste den gesetzlichen Wahlrecht besitzenden hätte. Er verteilte sich über die Beschlüsse des Komitees, für deren Durchsetzung im großen Maßstabe er die Parteigenossen auffordert. U. a. soll morgens eine Fete im Gewerkschaftshaus, mittags ein Demonstrationzug durch die Stadt und das Fest selbst in Kreuzdorf gehalten werden. Der Festbeitrag wird entsprechend der geistigen Anstrengung auf 1 Mk. für männliche und 50 Pf. für weibliche Teilnehmer festgesetzt. Besonders soll für die Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen demonstriert werden. Nach einer Aussprache, in der gegen die Arbeiten des Komitees kein Einspruch erhoben wurde, fand dieser Punkt seine zustimmende Erledigung nachdem man noch die Frage der Gastwirtschaften, deren Fortbestand am 1. Mai abläuft (er wurde von den Gastwirten gefordert), eingehend besprochen hatte. Im Punkt Reichstagen trat Genosse Pauli den gegen den Arbeiterpartei erhobenen milden Gerüchten entgegen, die er als eitlem Geschwätz brandmarkte und Genosse Hermann forderte, daß die führenden Genossen auch bei den gegnerischen Versammlungen Rede und Antwort stehen sollen. Genosse Salomon forderte eine notwendige Aussprache über die Tätigkeit der Bürgerlichen, deren Handlungswiese insbesondere bei der Gaspreiskrise er kritisierte. Auch die Gewerkschaft wurde von ihm und anderen Genossen analysiert, und über die Vorgänge innerhalb der Frotktion sprach Genosse Knap. In der Antwort darauf wurden die halslosen Angriffe scharf zurückgewiesen. Erst um 12 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Einschränkung des Gas- und Elektrizitätsverbrauchs. Infolge des Streikes im Ruhrrevier ist jede Kohlenzufuhr nach Lübeck eingestellt. Die vorhandenen Vorräte gehen dem Ende entgegen und es ist noch nicht vorauszuweisen, wann wieder Kohlen nach Lübeck kommen. Alles hängt von dem Ende des Streikes ab. Zunächst sollen so einschneidende Maßnahmen noch nicht getroffen werden, weil sich die in Frage kommenden Behörden immer noch der Hoffnung hingeben, daß der Streik baldigt zu Ende geht und daß die hiesigen Kohlenvorräte wenigstens solange reichen, bis dann neue Kohlenmengen herankommen. Der Demobilisierungskommissar hat zunächst angeordnet, daß in allen Industrie- und Gewerbebetrieben, mit Ausnahme der Nahrungs-, Futter- und Düngemittelbetriebe, am nächsten Sonnabend jede Entnahme von Kraftstrom verboten ist. Es muß aber von allen Kreisen dringend erwartet werden, daß auch der sonstige Verbrauch an Elektrizität sowie an Gas auf das Notwendigste eingeschränkt wird. Wenn sich jeder freiwilligen Einschränkungen unterwirft, so wird es vielleicht möglich sein, von weiteren sehr einschneidenden Maßnahmen behördlicherseits Abstand zu nehmen.

Die Spartacisten sind, wie überall, auch in Lübeck eifrig an der Arbeit, um Anhänger für ihre bolschewistischen Bestrebungen zu gewinnen. Am Montag hielten sie im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Versammlung ab, die als Referat Genosse Hase angekündigt war. Wer ist Hase? Viele glaubten, es sei der bekannte Berliner Führer der Unabhängigen und sie gingen deshalb in die Versammlung, die denn auch einen recht guten Besuch aufzuweisen hatte. Die weitens meisten der Erschienenen verband keinerlei Deengemeinschaft mit den Kommunisten. Hase war natürlich mit der jetzigen Regierung absolut nicht einverstanden, tabelte besonders die Auslieferung der deutschen Handelsschiffe, die an die Alliierten verkauft wurden, was Verrat an deutschen Völkern bedeute. Der kommunistische Gedanke werde weiter an Boden gewinnen und zu einer gesunden Zukunft führen! Rußland ist ein sprechendes Beispiel dafür, wie diese gesunde Zukunft aussieht wird. Daß die deutschen Arbeiter sich nach derartigen „gesunden“ Zuständen sehnen, kann nur von ganz weltfremden Leuten behauptet werden. Nach Hase sprachen zwei kommunistische Redner aus Bremen über die verschiedenen Wirtschaftssysteme, das Wesen des Kapitalismus und mancherlei anderes mehr. Die Bremer Kommunisten haben ja das von ihnen erstrebte Paradies bereits gehabt und wieder verloren. Und gerade der Bremer Unabhängige Vögebing war es, der 1. Jt. über die dortigen Verhältnisse unter den Kommunisten das vernünftigste Urteil fällte. In der Aussprache nahm auch ein Augenzeug der Berliner Spartacistischen Schredenstage das Wort und schilderte die Greuel, die er dort mit angesehen hatte. Ein Teil der Versammlung glaubte, solche Tatsachen durch Gehör und Scharfsinn widerlegen zu können. Schließlich konnte der Genosse doch keine Ausführungen beenden und die Arbeiter einträglich vor dem Streik, die bekanntlich ein Hauptanfangsmittel der Spartacisten sind, warnen. Neues boten die Referenten absolut nicht. Sie wiederholten längst Widerlegtes zum 1ten Male. Wahrscheinlich in der Hoffnung, daß bei manchen verbitterten Menschen das Gefühl mit dem Verstande durchgehen wird und sie sich in solcher Stimmung für den Spartacusbund einzulassen lassen. Aber gerade gegenwärtig ist es besonders notwendig, sich die klare Einsicht nicht durch rabulast lügende Redensarten trüben zu lassen. Es geht um die Zukunft des deutschen Volkes. Wer sie freundschaftlicher gestalten will, wer der Arbeiterpartei die Lebensmöglichkeiten zeigen will, der muß unbedingt hinter der alten Sozialdemokratie stehen. Die Arbeit der Kommunisten und ihrer Gefolgsverwandten führt nur zum allgemeinen Chaos.

Höchstpersönliche für Südtage. Am Anzeigentell unserer Blätter bringt der Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung die bereits am 28. Januar erlassene Verordnung über Höchsthöhe von Südtagen in Erinnerung. Auch an dieser Stelle sei die Befolgung der Verordnung sowohl den Verkäufern wie den Käufern dringend empfohlen.

Die Kündigungsfrist für Schwerbeschädigte neuerdings verlängert. Durch Verordnung vom 1. Februar 1919 hatte das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung bestimmt, daß Schwerbeschädigte im Sinne der Verordnung vom 9. Januar 1919 frühestens zum 15. März gekündigt werden dürfen. Diese Frist ist inzwischen schon auf den 15. April hinausgeschoben und nunmehr mit Rücksicht darauf, daß es bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen noch nicht möglich war, die dauernde Weiterbeschäftigung Schwerbeschädigter mit Erfolg sicherzustellen, durch eine neue Verordnung bis zum 1. Juli verlängert worden.

Eine neue Großbank in Lübeck. In dem vor 200 Jahren erbauten Lübecker Hause Schüsselboden 15, das bisher dem Weinhandel dienlich war, eröffnet die Diskonto-Gesellschaft am 16. April d. J. eine Filiale. Es ist Rückficht darauf genommen den Charakter des alten Gebäudes zu erhalten. Die ehemals der Firma Kluge gehörenden Weinsteller sind unter Erhaltung der starken Mauern und der Kreuzgewölbe nach den neuesten Erfahrungen der Technik in Stahl- und Eisenkammern umgewandelt worden. — Mit der Diskonto-Gesellschaft — die im Bankverkeht kurz als „D. G.“ bezeichnet wird — ist die älteste deutsche Großbank in Lübeck auf dem Plage erschienen. Die „D. G.“

ist 1831 gegründet, verfügt über 444 000 000 Mark Kapital und Reserven und nimmt in der deutschen Bankwelt eine führende Rolle ein. Zahlreiche Banken des In- und Auslandes gehören zur Gruppe der D. G., u. a. besitzt die D. G. das gesamte Aktienkapital der Norddeutschen Bank in Hamburg, und des A. Schaaffhousenschen Bankvereins in Köln. Zum Leiter der Filiale ist Direktor Franz Koch, bisher bei der Zentrale in Berlin, und zum stellvertretenden Direktor Gustav Wahrensdorf, bisher bei der Filiale London, ernannt worden.

Verein für vollständige Naturkunde. In der letzten Sitzung der Gruppe für Aquarien- und Terrarienkunde sprach Herr Schermer über „Freilandanlagen“. Im letzten Jahrzehnt haben eine Reihe von Vereinen Freilandanlagen angelegt. Aus den feinerzeit zugewandten Fragebogen ergibt sich, daß der Verein Aquarium in Gotha dank der Unterstützung der dortigen Stadtverwaltung wohl die älteste (1892), umfangreichste (2 ha) und prächtigsten Anlagen besitzt, die nun der ganzen Bevölkerung, vor allem aber den Schülern dienen. In biologischen Freilandanlagen sind einerseits die heimischen Sumpf- und Wasserpflanzen, weiter aber auch ausländische Gewächse zu pflegen. Daneben werden in Freilandterrarien Kriechtiere und Vurche, in Freilandbeeten mancherlei Fischarten gehalten. Ein Teil des Geländes wird wie in den Schrebergärten in Parzellen aufgeteilt und von den Mitgliedern bearbeitet, d. h. natürlich nur in dem Sinne, daß auch dieser Teil nicht aus dem Rahmen des Ganzen herausfällt. Besonders Beden dienen zu Versuchszwecken. Eine gut angelegte biologische Freilandanlage ist auch für Lübeck wünschenswert. Sie dient dem Natur- und Heimatstudium und vermittelt reiche Naturanschauung und -kenntnis. — Eine rege Aussprache schloß sich an. Der Vorstand wurde beauftragt, zu gelegener Zeit durch eine Eingabe die Errichtung dieses Zieles anzustreben. — Herr Professor Dr. Steyer machte interessante Mitteilungen über die Heringsfänge in der Lübecker Bucht, über die Feststellung des Heringschwärms in der Tiefe, das Fischen mit der Ringwabe u. a.

Hamburg. Arbeitslosendemonstration. In der Vollziehung des Großen Arbeiterrates trat während der Verhandlungen eine Deputation von Arbeitslosen in den Saal, die im Auftrage einer vom Heiligengieselsche Kommando, etwa 2000 Personen zählenden Arbeitslosengruppe Forderungen vorlegte, die vom Arbeiterrat sofort angenommen werden sollten. Die Arbeitslosen verlangten u. a.: sofortige Erhöhung der Unterhaltungsätze und Bezahlung der Sonntage, mit rückwirkender Kraft ab 1. April 1919. Zu den Arbeiten auf dem Lande dürfen durch Entziehung der Karte keine Arbeiter und Arbeiterinnen gezwungen werden, eventuell kommen nach vorheriger Prüfung durch Vertrauenspersonen erst die kräftigen jüngeren und ledigen Männer und Mädchen bis zum 30. Jahre in Betracht. Nur wenn die Arbeits-, Wohn- und Ernährungsverhältnisse einwandfrei befunden werden, dürfen Arbeiter und Arbeiterinnen verschickt werden. Es darf keine Arbeit oder Stellung durch die Zeitungs-Inserate angeboten werden, sondern jegliche Arbeit nur durch die Arbeitsämter vermittelt werden. Wo sich die Arbeiter mit dem Unternahmerum in Differenzen befinden, dürfen keine Arbeiter und Arbeiterinnen verschickt werden. Ferner wurde verlangt, daß der Arbeiterrat mit allem Nachdruck dafür eintritt, daß die Freiwilligen-Werbebüros in Hamburg-Altona-Mandebel geschlossen werden, und daß das Annehmen sämtlicher Werbestelaten verboten wird. Aus den Reihen der Arbeitslosen soll eine Kommission gewählt werden, die zu jeder Zeit das Recht hat, die Kriegsschiffe und die dazu nötige Beschäftigung zu kontrollieren; desgleichen verlangen sie eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel, besonders der beschlagnummenen, zu anderen von uns ersichtlichen Preisen. Als die Arbeiterratsmitglieder erklärten, daß die Kommissionen sich eben konstituierten wollten, die auch in der Arbeitslosenfrage praktische Arbeit leisten würden, forderten die anbringenden Massen sofortige Arbeit. Die Arbeiterräte wurden beschimpft, als Verräter bezeichnet und mit Totschlag bedroht. Nach vieler Mühe konnte sich endlich der Vorsitzende Süßmeyer soweit verständlich machen, daß die Vertrauensleute der Arbeitslosen nochmals ihre Anträge begründen konnten. Dann benutzte ein Genosse von der U. S. P. die Gelegenheit, die Schuld an der Not und der Arbeitslosigkeit der Regierung Ober-Scheidemann in die Schuhe zu schieben. Darauf kam Dr. Paulsenberg zum Wort, dem wiederholt das Präsidat Bremser an den Kopf geworfen wurde. Er forderte auf, Ruhe und Verhandlungsmöglichkeit zu schaffen und im übrigen sich zu hüten, gewissen dunklen Mächten Gelegenheit zu militärischem Einschreiten zu geben. Nach weiteren Tumult, schreibt das „Echo“, während dessen einzeln aufbrechende Arbeiterräte mit Gewalt im Saal zurückgehalten wurden, konnte ein sich als Spartacist vorkommender Demonstrant der Menge folgenden Vorschlag machen: Der Arbeiterrat stimmt sofort über die Forderungen ab; er wählt zu der bestehenden Arbeitslosenkommmission eine Überordnung von sieben Köpften, die nun gemeinschaftlich als Zwanzigerkommission sich sofort mit dem Präsidenten der Bürgerchaft, Genossen Große, und dem gesamten Arbeiterrat an der Spitze aller Demonstranten zum Senat nach dem Rathaus begeben soll. Darauf wurden die Forderungen angenommen, was von den Demonstranten mit dröhnendem Gelächter und dem Rufe: Freiheit, quittiert wurde. Unter ungeheurer Erregung wurde endlich die Sitzung geschlossen und alle Teilnehmer traten draußen zum Zuge nach dem Rathaus an. — So endete der erste Sitzungstag des neuen Arbeiterrates unter dem ungeheuerlichen Terror einer kleinen Minderheit der Hamburger Arbeitslosen. So wurde am ersten Tage bereits der Arbeitseifer des Rates für Sozialismus und soziale Wohlfahrt erklärt in einem Willkürakt, der an Würde alles, auch das Schlimmste, befürchten ließ. — Eine Schar von etwa 200 Halbstarken, die sich zumutend gezogen hatte, zog nach friedlichem Auseinandergehen der Demonstration nach dem Rathaus, dem Alsterparillon, der Metropalzar und dem Altkönigsplatz, wo geräudert wurde.

Hamburg. Einstellung des Straßenbahnbetriebs. Infolge fehlender Kohlenzufuhr sind die Elektrizitätswerke ab Freitag, 18. April, nicht mehr in der Lage, der Straßenbahn trotz der vorgenommenen auserordentlich weitgehenden Betriebsbeschränkungen den erforderlichen Strom zu liefern. Der gesamte Straßenbahnbetrieb muß deshalb von diesem Tage ab eingestellt werden.

Schwerin. Der Mecklenburgische Landtag nahm mit großer Mehrheit den sozialdemokratischen Antrag an, der den 1. Mai und 9. November zu Landesfeiertagen macht.

Bremen. Vor dem Generalkstreik. Am Dienstag wurde noch in allen Betrieben gearbeitet. In den großen Werken wurden Betriebsverhandlungen abgehalten, in denen über den Streik entschieden werden sollte. In einer Abstimmung kam es aber nur auf den Santa-Lloyd-Werke, wo sich die Arbeiterpartei mit 1100 gegen 600 Stimmen für den Streik erklärte. Am Montagabend hielten die Verbände der Jungmänner, gewerblicher Vereine und Arbeitgeberverbände eine Versammlung ab, in der einstimmig beschlossen wurde, im Falle eines Generalkstreiks in Bremen in den Abwehrkreis zu treten. Weitere Kreise der Bürgertums werden sich ebenfalls an dem Abwehrkreis beteiligen. — Die Bremer Bankvereine erklärten sich in einer am Montagabend abgehaltenen Versammlung mit 282 gegen 74 Stimmen gegen einen Streik. Von den Rednern der Versammlung wurde betont, daß es in diesen schweren Zeiten ein Verbrechen am Volke sei, die Arbeit niederzuliegen und dadurch die Spartacisten Mut zu machen. Andererseits wurde aber auch darauf hingewiesen, daß die Schuld an den Berliner Vorgängen auch bei den Bankdirektoren liege.

Aus der Partei.

Einigungsbestrebungen. In einer von der Zentrale für die Einigung der Sozialdemokratie in Berlin tagenden Versammlung erklärte Genosse Edward Bernstein u. a.: Deutschland

steht vor einer Katastrophe, wie sie noch nie erlebt worden ist. Nur die Einigung der Sozialdemokratie kann Deutschland aus der gegenwärtigen Situation retten. Die Einigung beider Richtungen würde das Vertrauen zur Sozialdemokratie in der inneren wie in der äußeren Politik wiederherstellen. Die sachlichen Meinungsverschiedenheiten sind nicht so groß, daß die Einigung über ein Aktionsprogramm dadurch gehindert werden könnte. Wenn aber die sachliche Einigung möglich ist, dann darf sie an der Personenfrage nicht scheitern. Man kann die Frage der Personfrage der gegnerischen Parteien überlassen. Wenn aber das Mißtrauen gegen bestimmte Personen so groß ist, daß die Einigung dadurch verhindert werden könnte, dann müssen beide Seiten in der Personfrage Opfer bringen. Eine Bewegung, die aus den Massen herauskommt, muß die Einigungsbasis zu finden suchen. Dem mit kühnem Verstand angenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion. Abschließend sprachen Redner beider Parteien für die Einigung. Einmütig wurde eine Resolution angenommen, welche sich für die Einigung der sozialistischen Arbeiterparteien ausspricht und die Verlammeten verpflichtet, in ihren Organisationen für die Wiedervereinigung zu wirken.

Aus Nah und Fern.

Eine schwere Handgranatenerplosion ereignete sich zu Dahlen. Eine Abteilung Husaren, die aus Trebbin kam, sollte in Dahlen einquartiert werden und wurde auf großen Lastautos dorthin gebracht. Als der Husar Stettin vom Automobil herabsprang, kam er zu Fall und die beiden in seinem Koppel befindlichen Handgranaten explodierten. Stettin wurde auf der Stelle getötet, während sechs Husaren schwer und mehrere leicht verletzt wurden. Bei mehreren besteht noch Lebensgefahr. Die Explosion war so stark, daß sämtliche in der Umgebung der Unfallstelle liegenden Fenster Scheiben zerprangen.

Drei Kinder von einer Mine getötet. Bei einem Übungschießen der Minenwerfer-Abteilung des Westfälischen Freiwilligen-Korps war eine Mine liegen geblieben. Drei Kinder, die das Geschloß fanden und damit spielen, wurden, als die Mine explodierte, sofort getötet, ein anderes leicht verletzt.

Eine Sperde von Italien für Wien. Wie aus Wien gemeldet wird, hat das italienische Ernährungsbüro in Rom für die armeren Bevölkerungsschichten eine Sperde in Form einer großen Reisendung gewidmet. Ein Reisquantum von 400 Tonnen, das 400 000 Kilogramm wurde für diesen Zweck bereitgestellt. Der Reis soll nur unter den minder bemittelten Bevölkerungsschichten Wiens zur Verteilung kommen, jedoch auf den Kopf ein halbes Kilogramm Reis entfallen wird. Die Ausgabe wird in dieser Woche erfolgen. Die Sperde ist auf Veranlassung des Leiters der italienischen Besetzungskommission, General Segre, zurückzuführen.

Sieben Todesurteile fällte dieser Tage das Brüsseler Kriegsgericht. Die Verurteilten sind hiesige Soldaten, die infolge der hiesigen Bewegung sich ungebührlich gegen die Deutschen hatten verhalten lassen, nachdem sie über 35 Monate Kriegsdienst geleistet hatten. Das Urteil soll auf einem öffentlichen Plage in Brüssel vollstreckt werden!

Neueste Nachrichten.

Bölgiger Beschäftigten?

Berlin, 16. April. Die Eisenbahn kehrt, wie amtlich mitgeteilt wird, unmittelbar vor der Betriebs einstellen, wenn nicht sehr bald eine Zunahme der Kohlenförderung eintritt. Die Vorräte der Eisenbahnverwaltung reichen bei den meisten Direktionsbezirken nur noch für ein oder zwei Tage.

Die französischen Arbeiter gegen die Sabotage am Frieden. Paris, 16. April. Ein französischer Junisprudenz aus Lyon meldet: Der allgemeine Arbeiterverband, der fast 2 300 000 Mitglieder zählt, brachte in Paris Plakate mit folgendem Text an:

„Von August 1914 bis November 1918 ist uns zu wiederholten Malen gesagt worden, daß wir für das Recht kämpften. Diese Verheißung bedeutete, der Friede würde den Vätern das Selbstbestimmungsrecht verleihen und auf eine allgemeine Abwicklung begründet sein, das einzige Mittel, das die Liquidation der Kriegsschulden ermöglicht. Diese festerlich gemachten Zusagen werden heute gekehrt. Unsere Diplomaten legen uns heute den Plan des Räterebundes vor, der nicht die Selbstbestimmungsrechte der Nationen ist, wie dies in den 14 Punkten Wilsons niedergelegt wurde. Diese 14 Punkte, die wir uns auch zu eigen machten, wurden von allen Völkern der Erde in ihrer Schmach nach der Berechtigung mit Gehör aufgenommen. Die Arbeiterklasse Frankreichs, die die Abfassung „Vier dem Frieden“ verurteilt, erhebt sich gegen die Sabotage am Frieden. Die Völker können nicht schuldig zu einer Qual verurteilt werden, die ihnen zu leisten, die für den Verräter des Abkommens bestimmt sind. Der allgemeine Arbeiterverband verurteilt jede Blockade, politische und jeden politischen Druck oder jede bewaffnete Intervention. Jede Nation hat allein die Pflicht, sich Gesetze zu geben und das unantastbare Recht, dieselben zu ändern. Die Pflicht, dieses Recht mit Gewalt einem fremden Volke zu nehmen, bedeutet, ein Feind der Menschheit werden.“

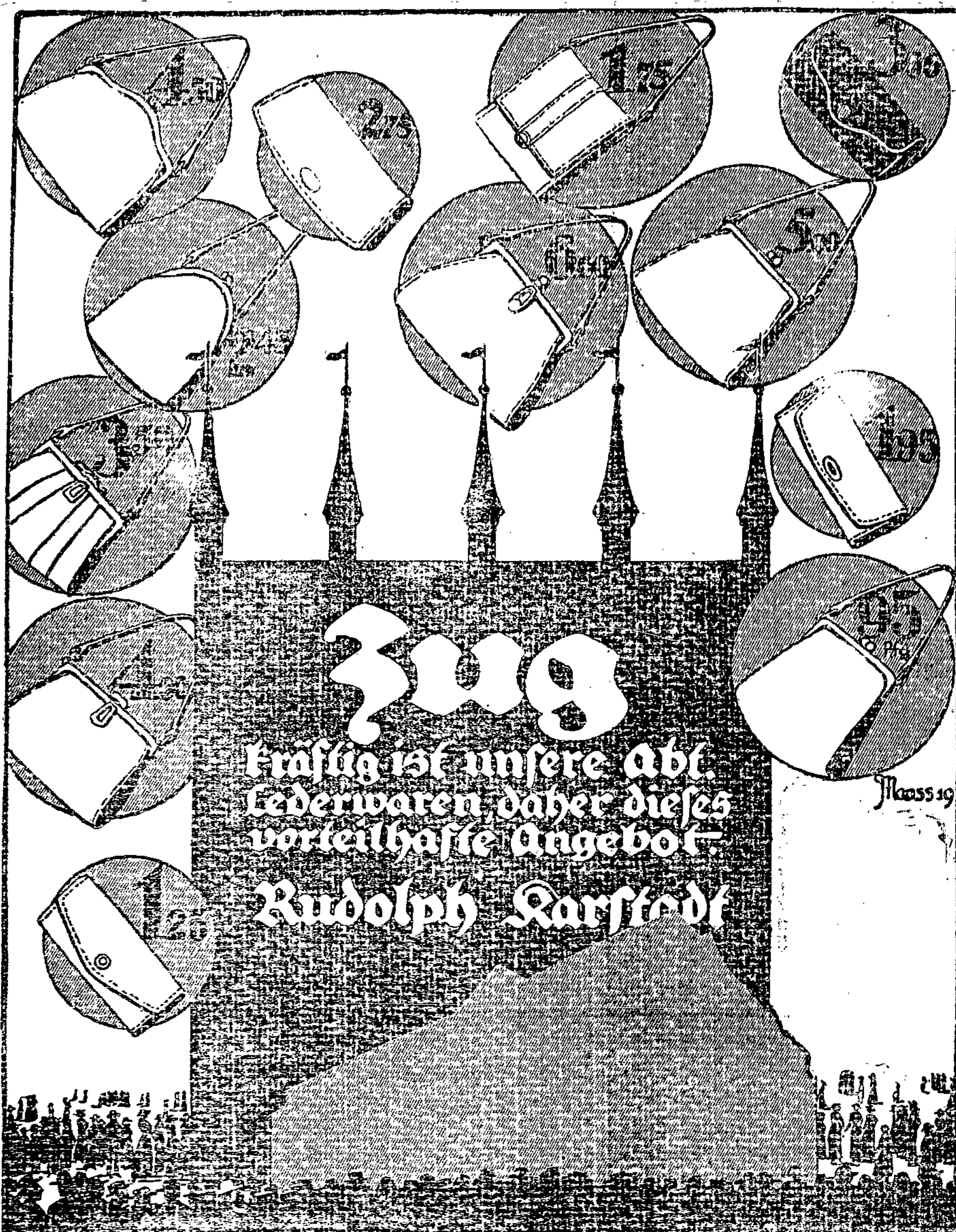
Der allgemeine Arbeiterverband ruft die öffentliche Meinung und die gewissen sozialistischen Organisationen auf, gegen diese Zustände anzukämpfen. Der allgemeine Arbeiterverband verurteilt jede Fortsetzung des Krieges und fordert dringend den Abschluß eines wahren Friedens, den alle Völker unterschreiben können.

Die Münchener Räterepublik.

Hamburg, 16. April. In München ist die kommunistische Regierung mit Dr. Leber an ihrer Spitze ausgerufen worden. Nach der „Zagl. Rundschau“ steht der Münchener Anarchist Soudheimer an der Spitze. Der gesamte Anmarsch von Regierungstruppen von Ingolstadt aus gegen München mußte in letzter Stunde aufgegeben werden, weil die Regierung erfahren hatte, daß die rote Armee bereits eine solche Stärke erreicht hat, daß man Verstärkungen abwarten muß. Der alte Zentralrat ist aufgelöst und ein neuer Aktionsausschuß gebildet. Zwei Mitglieder der Mehrheitssozialisten und zwei Mitglieder der U. S. P., die sich mit dem kommunistischen Programm einverstanden erklärt haben, wurden in den Ausschuß aufgenommen. Der Generalkstreik ist von den Kommunisten und Spartacisten proklamiert worden. Von den bereits verhafteten Mitgliedern des Zentralrats sind einige wieder nach München zurückgeführt. Auch Vandauer und Toller befinden sich in München.

München, 16. April. Der Volksgesundheitsrat der Betriebs- und U. S. P. macht bekannt: Wer für Gegenstände des täglichen Bedarfs, Lebensmittel, Kleidung und Haushaltsgegenstände Preise fordert, die nicht im Einklang mit den Gefährdungsstellen liegen, hat sofortige Schließung des Geschäfts und Strafe durch das Revolutionstribunal zu gewärtigen. Die Preise sind in den Schaufenstern der Läden bei jedem Artikel anzubringen. Mit der Verordnung heißt man, dem in den letzten Wochen unerschöpflich gestiegenen Lebensmittelpreis wirksam zu begegnen. — Schafft aber dadurch kein Brot mehr herbei.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



Zug
 Kräftig ist unsere Abt.
 Lederwaren, daher dieses
 vorteilhafte Angebot.
Rudolph Karstedt

Unabh. Soziald. Partei.
 Ortsgruppe Lübeck.
Öffentl. Versammlung
 am Donnerstag, dem 17. April
 abends 7 1/2 Uhr
 Konzerthaus Friedrichshof.
 Tagesordnung:
 Die bevorstehenden Arbeiter-
 ratswahlen.
 Referent: **Otto Bröckel,**
 Hamburg.
 Freie Aussprache.
 Der Einberufer.
 962)

**Zentral-Verband der
 Handlungsgehilfen**
 Donnerstag, d. 19. April.
 im Gewerkschaftshaus,
 Zimmer Nr. 1
**Mitglieder-
 Versammlung.**
 Jeden ersten Mittwoch u.
 Freitag im Monat Zahl-
 abend bei G. Ehlers, Hüt-
 straße 110. 946

Zur schwarzen Dohle
 Freitag, 28. April (Karfreitag)
 Gemüthlicher
Skat - Abend
 Anfang 6 Uhr. (980)
 Friedr. Lender.

**Turnverein
 für Stockels-
 dorf u. Umg.**
 Einladung zum
BALL
 verbunden mit
 turnerischen Aufführungen
 am 2. Ostertage
 im Lokale des Herrn F. Krüger
 (früher Paetow)
 in Fadenburg.
 Kaffeeöffnung 6 1/2 Uhr.
 Anfang 7 Uhr.
 Das Komitee.
 917)

Glasarbeiten
 aller Art off.
 C. Zauchnis, Glasbläser,
 Gleichhauerstr. 35. Fernr. 2805

Restaurant Schieslerheim
 Schmiedestr. 3
 G. Lachmann = Gemüthlicher
 Aufenthalt f. Skatspieler. (924)

Billgers Handbuch
 der verfassunggebenden
 deutschen Nationalver-
 sammlung 1919
 enthält Lebenslauf und Bilder der
 Mitglieder d. Nationalversamlg.
 2.50 Mk.
 Buchhdl. Fr. Meyer u. Co.

Sauertohl
 25 Pfg., 10 Pfd. 2.30 Mk.
Salzgurken
 1 Pfd. 1.20 Pfg.
Zwiebeln
 10 Pfund 4.70 Mk.
Eduard Speck
 980) Pflanzl. 80 u. 82.

Ein neues Wintermärchen.
 Heines Besuch im neuen deut-
 schen Reich der Gottessucht und
 frommen Sitze.
 Vor der Revolution konfiziert
 gewesen!
 Preis 25 Pfg.
 Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Prima Salzgurken.
 Ludwig Wiegels, Süßgrube 60.
**Staats- und Ge-
 meinde - Arbeiter.**
 Fikale Lübeck.
 Die zum Mittwoch, dem 16.
 April anberaumte außerordent-
 liche Versammlung findet
 noch nicht statt.
 Der Vorstand.
 927)

Achtung Köpfer.
Versammlung
 heute Mittwoch,
 den 16. April, abends 8 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus
 Johannisstr. 59-52.
 Tagesordnung wird bekannt-
 gegeben.
 Das Erscheinen der Kollegen
 ist notwendig.
 Der Vorstand.
 969)

Sozialdemokratische Frauen.
Versammlung
 morgen Donnerstag,
 den 17. April, abends 8 Uhr,
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 59-52.
 Tagesordnung:
 1. Die Rechte und Wünsche der
 Frauen in der jetzigen Zeit.
 Referent: Genosse Weitzel.
 2. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen
 ersucht.
 Der Vorstand.
 968)

**Deutscher
 Transportarbeiter - Verb.**
 Ortsverwaltung Lübeck.
Versammlung
 der
 Möbelpacker u. Möbel-
 arbeiter, sowie der Roll-
 u. Blechwagenführer,
 am Donnerstag, d. 17. April,
 abends 8 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Tagesordnung:
 1. Bericht der Lohnkommission.
 2. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen der
 Kollegen ist dringend notwendig.
 Mitgliedsbücher legitimieren.
 951) Die Ortsverwaltung.

Achtung!
**Sozialdemokratischer Verein
 für Stockelsdorf u. Umgegend**
General-Versammlung
 am Donnerstag, dem 17. April
 abends 7 1/2 Uhr
 bei F. Krüger, Fadenburg.
 Tagesordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Abrechnung u. Jahresbericht
 vom verwichenen Jahre.
 3. Wahl.
 4. Musik.
 5. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen der
 Genossen und Genossinnen wird
 dringend ersucht.
 Der Vorstand.
 965)

Die Nacktheit!
 Kunstkarten. Sekt für den Handel freigegeben. Sortiert 20 Stk.
 Mk. 3.50; 100 Stk Mk. 12.50 franco Nachnahme. Bei größeren
 Mengen erbitten Spezialofferte.
 Müller & Winter, Abteilg. D. 2, Leipzig, Arndtstr. 66.
 Ferner bieten an: 10 verschiedene Bildbücher. 2 mal be-
 schlagene Mk. 3.60; 100 Stück Mk. 22.-, 500 Stück
 Mk. 100.-, 1000 Stück Mk. 190.- franco Nachnahme. (916)

Kaffeehaus Wendt, Israelsdorf.
 Donnerstag, den 17. April:
Grosses Tanzkränzchen.
 Ariana 7 Uhr. (966) Straßenbahn bis Schlus.

Adlershorst. Jeden Donnerstag:
Tanz.
 Am 1. und 2. Ostertag:
Große Tanzmusik.

Hansa - Theater.
Karfreitag, abends
Musik - Aufführung
 7 1/2 Uhr,
 970) Einmalige große
 des aus 28 Musiker verstärkten Orchesters (auf der Bühne)
 unter Leitung des Kapellmeisters Frn. Kurt Blumentritt.
 Mitwirkende:
 Frä. Erna Lehmann (Sopran) vom Hansatheater Lübeck.
 Herr Victor Mossi (Bariton) von der Staatsoper Kassel.
 (Programm siehe Anschlagtaulen).
 Gewöhnliche Preise. — Vorzugskarten gültig.
 Fernsprecher für Vorbestellungen Nr. 610.

**HANSA
 THEATER**
 Donnerstag abends 7 1/2 Uhr:
 Letztes Gastspiel
 Trude Steinhagen!
Die Czardasfürstin
 Operette von Kalman.
 Freitag:
 Karfreitags-
 Musikaufführung.
 Sonnabend:
 Der träumende Papa.

Stadttheater Lübeck.
 Spielzeit 1918/19. 918
 Mittwoch, den 16. April:
 Einmaliges Gastspiel von
 Willy Buers vom Stadttheater
 in Hamburg:
Othello.
 Oper in 4 Akten von G. Verdi.
 Jago: Willy Buers.
 Donnerstag, den 17. April:
 Zum letzten Male!
Struensee.
 Sonnabend, den 19. April:
Der Bettelstudent.
 Sonntag, den 20. April:
**Der Raub der
 Sabinerinnen.**
 Suisse: Direktor Ernst
 Albert als Gast.
 Abends 7 Uhr:
Der Wasserträger

Zweiter deutscher Räte-Kongress.

(Sitzung vom 13. April.)

In der Nachmittagsitzung nimmt als erster Redner das Wort Reichsminister Wissell: Von Cohen wie auch von Däumig sind lebhaftige Klagen gegen die Regierung laut geworden. Darüber die Regierung geillert wird und daß der Regierung der Vorwurf gemacht wird, sie trage dem Zeitgeiste nicht Rechnung, das ist eine Erscheinung, die alle Revolutionszeiten charakterisiert. Wenn Däumig die Gefahr einer neuen Verdrängung für die jetzige Revolution herausbeschwört, so liegt dem denn doch eine gewisse nervöse Gereiztheit zugrunde. Besonders auf der Linken betrachtet man heute die Dinge nicht mehr so, wie sie wirklich sind. Die Regierung hat keine einzige Idee der Revolution preisgegeben. Aber es ist auch das Charakteristikum aller Revolutionszeiten, daß sich die neuen Ideen dermaßen überkürzen, daß ihnen keine Regierung der Welt mit geschicklichen und organisatorischen Maßnahmen auf dem Wege folgen könnte. Interessant war es, zu hören, wie sich in den Gedanken Däumigs das demokratische Prinzip mault. Spielen wir doch nicht mit Worten! Entweder regieren wir nach den Grundgesetzen der Demokratie oder wir haben keine Demokratie. Eine halbe Demokratie gibt es ebensowenig wie es eine halbe Wahrheit gibt. Es nützt Däumig nichts, daß er die heute noch bestehende wirtschaftliche Ungleichheit zum Anlaß nahm, den Begriff der Demokratie umzuwenden. Aus allen seinen Worten in diesem Zusammenhangem sprach das Aufgeben der Demokratie und dabei bleibt doch bestehen: nur die Demokratie kann die Grundlage unseres Handelns sein. Alles andere ist Diktatur. Wie haben zu einer Zeit, als noch die Unabhängigen in der Regierung saßen, Stellung genommen zu der Rolle der Arbeiter in den Betrieben. Auf die in dieser Richtung ergangenen Verordnungen haben die Unabhängigen großen Einfluß genommen. Und doch steht in diesen Verordnungen kein Wort vom Räteystem. (Hört, hört!) Daran können Sie sehen, daß keine Regierung imstande ist, in solchen Zeiten die geschicklichen Maßnahmen mit den gerade aufstrebenden Ideen in Harmonie zu bringen. Es gibt gar keinen andern Weg als den, daß eine Regierung erst ein Gesetz schaffen kann, wenn die Ideen deren Ausdruck und deren Konsequenz dieses Gesetz ist, sich vollkommen geklärt haben. Die Regierung hat mit hellem Blick und offenem Ohr das Beschreiben und die Bedürfnisse des Volkes verfolgt und die geschicklichen Konsequenzen daraus gezogen. Sie hat die herrschenden großen Zeitfragen so gestimmt, daß sie dem Rechtsgefühl des Volkes entsprochen haben. Es darf nicht unterschlagen werden, daß sich die Regierung bei manchen ihrer Maßnahmen der Opposition der Parteifreunde Däumigs gegenübergestellt hat. Besonders gegen die Erwerbung von Stützpunkten haben sich diese Herren aus Sachsen und aus Bayern gewandt. In Sachen des Staatenausschusses haben wir gegen den Partikularismus gerade der Herren von links schwere Kämpfe zu führen gehabt. (Widerpruch.) Es mag Ihnen unangenehm sein, daß ich diese Feststellungen treffe, aber bestehen bleibt diese Tatsache doch. Widerpruch hat sich auch erhoben gegen Reformen im Bergbau. (Wärm.) Wenn ich mir die vorliegenden Anträge ansehe, so muß ich Sie doch fragen: haben Sie sich alle Konsequenzen dieser Anträge überlegt? Die Konsequenz der Anträge der beiden sozialistischen Parteien geht dahin, daß das Räteystem die politische Vertretung der Arbeiter schließlich umfassen soll. Die Voraussetzung für den Besitz des aktiven und passiven Wahlrechts ist in diesen Anträgen die Leistung „Gesellschaftlich notwendiger Arbeit“. Die nächste Konsequenz dieser Forderung ist, daß die Arbeitslosen, die Veteranen und manche andere, die im Moment eben gerade keine „gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten“, von dem Wahlrechte ausgeschlossen sind. Wer soll überhaupt darüber entscheiden, ob jemand gesellschaftlich notwendige Arbeit leistet oder nicht? Das kann kein Gerichtshof, Marx, auf den man sich hier so oft berufen hat, definiert diesen Begriff auch nur theoretisch als Wertmaßstab. Wer bestimmt ferner die Auslegung des Begriffes, daß „nur die in den Betrieben befindlichen Arbeiter“ das Wahlrecht haben sollen? Diese Bestimmung nimmt Tausenden von kleinen Hausgewerbetreibenden das Wahlrecht. Diese Leute werden ferner entzweit durch den Passus, nach welchem niemand das Wahlrecht haben darf, der „fremde Arbeitskraft ausübt“. Wenn man diese Wendung richtig auslegt, würden sogar Betriebsleiter und Angehörige sonstiger Zwischenstufen im Produktionsprozesse das Wahlrecht verlieren. (Aufe: Das will ja kein Mensch!) Wenn man diese Konsequenzen aus dem Wort-

laute Ihrer Anträge nicht ziehen darf, so zeigt das, daß diese Anträge den Ansprüchen schon sprachlich nicht genügen, die man an solche wichtigen Dokumente stellen muß. Die Forderung, die gesamte politische Macht dem Rätekongress auszuliefern, ist nichts anderes als eine Umkehrung der Klassenherrschaft, die die Revolution übermunden zu haben glaubte. (Widerpruch.) Meine Herren! Ich halte mich an den Wortlaut Ihrer Anträge! Formulieren Sie doch Ihre Anträge so, daß eine solche Auslegung nicht möglich ist! Ferner: Wie steht es mit den Frauen und Mädchen? Wie wollen Sie die Frauen behandeln, die in ihrem Haushalt „gesellschaftliche notwendige Arbeit leisten“? Wir leben, daß das Räteystem politisch unüberwindliche Schwierigkeiten bringt. Und Sie werden, wenn Sie objektiv sein wollen, mir darin beistimmen müssen, daß der Standpunkt der Regierung der einzig mögliche ist, nach dem dem Räteystem lediglich wirtschaftliche und soziale Aufgaben zufallen. Das wäre auch die einzige Möglichkeit, die Wünsche der drei Parteien auf einen gangbaren Mittelwege zu verwirklichen. (Lebhafte Widerspruch.) Der Redner demonstriert dann durch bildliche Darstellungen die ungeheuren Schwierigkeiten, die die Durchführung der Anträge der beiden sozialistischen Parteien wie auch der Demokraten schon im technischen Wahlverfahren bereiten würde. Es ist gesprochen worden von Betriebsräten und von politischen Räten, von Bezirks-, Kreis-, Provinzial-, Landesräten und von dem das gesamte Räteystem umfassen Rätekongress. Wie lange soll es dauern, bis es eine solche Durchorganisation, eine solche organisatorische Durchgliederung des deutschen Volkes durchgeführt haben? Haben Sie sich überlegt, von welcher ungeheurer Schwierigkeit der Wahlkörper werden würde, haben Sie bedacht, daß dieser Wahlkörper unmöglich funktionieren könnte? Es würden Jahrzehnte vergehen, bis ein solches System arbeiten könnte. Wie wollen Sie die in Ihren Anträgen ins Auge gefasste Trennung von „Industrie, Gewerbe, Handel, Landwirtschaft und freien Berufen“ durchzuführen? Und glauben Sie, die Wirtschaftsorganisation im Gang erhalten zu können ohne die Mitwirkung der Unternehmer und ohne die Hilfe der deutschen Gewerkschaften, die noch immer — Sie können sagen was Sie wollen — die wirtschaftlichen Vertretungen der deutschen Arbeiterklasse darstellen! Glauben Sie, daß ein Vertretungssystem, wie es Ihre Anträge verlangen, den Bedürfnissen Deutschlands gerecht würde? Dagegen ist die Regierungsvorlage einfach, klar und leicht durchzuführen. Die Regierungsvorlage gibt Ihnen einen Reichswirtschaftsrat, zu dem alle im Wirtschaftsprozesse tätigen Elemente ein freies Wahlrecht haben und der allen Lebensäußerungen Rechnung trägt, insbesondere den Arbeitern den stärksten Einfluß röhert. Die Regierungsvorlage trägt auch der Tatsache Rechnung, daß in diesem Reichswirtschaftsrat nicht nur die Produzenten, sondern auch die Konsumenten vertreten sein müssen. (Beifällige Zustimmung.) Auch über unsere Vorlage läßt sich noch reden. Auch sie kann im einzelnen noch verbesserungsfähig sein. Stellen Sie sich auf den Boden der Regierungsvorlage und beauftragen Sie den neu zu wählenden Zentralrat, neue positive Verbesserungsvorschläge zu machen. Dann werden wir ein Werk errichten, das allen Ansprüchen gerecht wird und das den Bedürfnissen des Volksganzen am besten dient. (Zustimmung.)

Präsident Hauschild teilt mit, daß Genosse Brandes-Flageburg auf Betreiben der vom Kongress eingesetzten Kommission aus der Haft entlassen ist. (Lebhafte Beifall.)

Kaliski (S. D.): Für uns ist das Räteystem gleichbedeutend mit dem sozialistischen Ausbau der Produktion. Die Industrie in ihrem heutigen Umfange ist eine Unmöglichkeit. Auch wenn das alte System am Ende gelassen wäre, hätten wir sie umbauen müssen. In der Schnelligkeit der Herstellung einer graphischen Skizze war uns die Regierung über, aber in der Möglichkeit sind wir ihr voraus. Wir verlangen, daß die Arbeiterarbeit hineinkommt in die Leitung der Produktion. Wir wollen: „Freie Bahn dem Talent“. Jedem Arbeiter soll die Möglichkeit gegeben werden, Mithrater und Mithrater werden zu können. Der Vorschlag der Regierung hat überhaupt keine Organisation. Wir schlagen völlige Trennung der Betriebe- und Wirtschaftsstärke vor. Die Kammer der Arbeit soll aus allgemeinen Geheimen und direkten Wahlen hervorgehen. Wir wollen, daß die Arbeit einfluß gewinnt auf das Geschick der Nation. Die Arbeit muß der Herrscher aller Dinge sein. Der Krieg und der Zusammenbruch waren unvermeidlich, weil die deutsche Politik noch nie im Einklang mit dem Wirtschaftsleben betrieben wurde. Als Krönung der Wahlökonomie fordern wir die Demokratie der Arbeit. Es ist heute so leicht zu streiken, wie es früher leicht war Surra-

zu streiken. (Beifall bei der Mehrheit. — Widerspruch links.) Der Geist der Streikenden ist nicht der Geist der Revolution, sondern der Streit ist geboren aus dem Bedürfnis nach einer momentanen Verbesserung der Lebenshaltung. (Widerpruch bei den Anab.) Glaubt doch nicht, daß ich (zu den Anab.) mit Diktatur den Geist der Menschen lebendig mache, der sozialistische Staat kennt keinen Zwang. Auch in einem völlig sozialistischen Staat darf man Initiative des einzelnen nicht töten, denn sie ist die Quelle alles Schaffens. Nicht alle Großindustriellen sind von dem Verlangen durchdrungen, noch ein paar tausend Mark im Jahre mehr zu verdienen, auch in ihnen lebt die schöpferische Kraft, der Geist des Aufstrebens, darum müssen wir auch ihnen eine Vertretung im Räteystem gewähren. Die kapitalistischen Instinkte des Unternehmers müssen wir töten. Der Mann müssen wir uns erhalten. (Beifall bei der Mehrheit.) Arbeit ist mehr als die Quelle des Einkommens, sie ist eine Quelle der Freude und des Glücks — ihre einzige Quelle. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.) Erzaen wir also dafür, daß die Arbeit wieder eine Freude wird! Wir wollen auf festem Boden ein starkes Fundament und auf ihm ein Haus der Arbeit erbauen, in dem Arbeit eine Freude und ein Glück ist. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Richard Müller: Von der Sozialdemokratie sind vor und während des Krieges schwere Fehler gemacht worden. Aber die schwersten machte sie nach der Revolution. Nun aber sollen wir an allem schuld gewesen sein. Mit Recht konnte man Deutschland schon vor der Revolution einen Trümmerhaufen nennen. Zum Wiederaufbau ist die ganze Kraft des geistigen Proletariats nötig. Aber die Sozialdemokratie war es, die die Einigung verhinderte, denn sie führte einen ununterbrochenen Kampf gegen die Arbeiterräte. Erst als die Arbeiterräte allerorts zum Generalstreik riefen, erkannte die Regierung sie an. Cohen und Kaliski haben seit Dezember erziehllich ungeliebt. Es ist aber ein verhängnisvoller Irrtum, wenn die Genossen von der Reichspartei glauben, die politischen von den wirtschaftlichen Forderungen trennen zu müssen. Minister Schmidt jagte unläufig: Wer nicht arbeitet, soll nicht essen. Wir gehen weiter und sagen: Wer nicht arbeiten will, soll auch keine politischen Rechte haben. Das gilt aber nicht für Leute, die zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage zum Generalstreik greifen oder infolge der heutigen Gesellschaftsordnung an der Arbeit verhindert sind. Aber auf solche findet es Anwendung, die sich auf Kosten anderer ein gemächliches Leben bereiten. (Beifall bei den U. S.) Die Sozialisierung kann nur durchgeführt werden durch die Arbeiter selbst, aber nicht dadurch, daß man, wie es der Regierungsentwurf vorzieht, den Unternehmern irgendwelchen Einfluß einräumt. Das Gebot der Stunde ist: Die Produktion wieder in Gang zu bringen, nicht durch die Streiks der Arbeiter, sondern durch die Selbsttätigkeit der Unternehmer ist sie ins Leben zu erlösen. Redner bespricht dann das Arbeiterratsprogramm der U. S. D., wie es Däumig schon in seinem Korreferat ist. Wir sind dabei, dieses Programm in der Metallindustrie zu verwirklichen und werden der Regierung zeigen, daß man auch ohne Gewerkschaften etwas schaffen kann. Im einzelnen geht dann der Redner auf die Gründung der Arbeitsgemeinschaft im Oktober, November 1918 ein und meint, das wird die Räteorganisation sein, mit der man uns demnächst in Deutschland beglücken wird. Die Unternehmer werden mit nur dann hinzuziehen, wenn sie arbeiten. Aber die Intellektuellen, die müssen wir zuziehen, ohne die geistigen Arbeiter können wir Deutschland nicht wieder aufbauen. Alle Augen blicken auf diesen Kongress! Die Not ist groß. Fest und entschlossen müssen wir zutreten, um sie zu lindern, alle Parteigrenzen müssen schwinden. Nur wenn wir gemeinsam zusammenrücken auf dem Boden unseres Vorklages, werden wir ein neues Deutschland aufbauen können. (Lebh. Beifall und Handklatschen.)

Schröder (Soldatenaktion): Die Revolution mordet ihre idealisten Vorkämpfer. Während man Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet, darf ein Mann wie Latentowitsch nach Deutschland zurückkehren und wir Sozialisten gesellschaftlich ans. (Lebhafte Beifall links.) Die historische Aufgabe der Soldatenräte, von denen leider bisher noch kein Redner gesprochen hat, ist es, den Militarismus zu vernichten. Wir brauchen kein Militär mehr! (Lebh. Beifall.) In allen Wölfen der Welt lebt die Sehnsucht nach Befreiung von diesem Joch. (Lebh. Beifall.) Wir deutschen Revolutionäre sollten der Welt auf diesem Wege vorangehen. (Stürmischer Beifall links. — Zuruf: Rote Armee!) Die Freiwilligenverbände bergen die Gefahr der Gegenrevolution in sich. Darum müssen sie verschwinden. Die deutschen Proletarier erwarren von diesem Kongress zum mindesten die geistige Einheitsfront aller Sozialisten. Unsere oberste Aufgabe ist es, diesen Wunsch zu erfüllen. Wir stehen vor einem Abgrund. Nur wenn

Der Schimmelreiter.

Novelle von Theodor Storm.

19. Fortsetzung.
„Sprecher!“ laute einer der Gewaltmächtigen. Und Hauke breitete die Karte des neuen Deiches auf dem Tisch aus: „Es hat noch ein gefragt.“ begann er, „woher die viele Erde nehmen? — Ihr seht, soweit das Vorland in die Watten hinausgeht, ist außerhalb der Deichlinie ein Streifen Landes freigeblieben; daher und von dem Vorlande, das nach Nord und Süd von dem neuen Kooge an dem Deiche hinläuft, können wir die Erde nehmen; haben wir an den Wasserseiten nur eine tüchtige Lage Klei, nach innen oder in der Mitte kann auch Sand genommen werden! — Nun aber ist zunächst ein Feldmesser zu berufen, der die Linie des neuen Deiches auf dem Vorlande absteckt! Der mir bei der Ausarbeitung des Planes beifällig gewesen, wird wohl am besten dazu passen. Ferner werden wir zur Heranholung des Kleis oder sonstigen Materials die Anfertigung einspanniger Sturzlarren mit Gabelbeißeln bei einigen Stellmachern verdingen müssen; wir werden für die Durchdringung des Viehriesels und nach den Binnenseiten, wo wir etwa mit Sand füllend nehmen müssen, ich kann jetzt nicht sagen, wie viel hundert Tuder Stroh zur Weitung des Deiches wir gebrauchen, vielleicht mehr, als in der Marzsch hier wird entbehrlich sein! — Laßt uns denn beraten, wie zunächst dies alles zu beschaffen und einzurichten ist; auf die neue Schleuse hier an der Westseite gegen das Wasser zu ist später einem tüchtigen Zimmermann zur Herstellung zu übergeben.“

Die Versammelten hatten sich um den Tisch gestellt, betrachteten mit halbem Auge die Karte und begannen allgemach zu sprechen; doch war's, als geschähe es, damit nur überhaupt etwas gesprochen werde. Als es sich um Zuziehung des Feldmessers handelte, meinte einer der Älteren: „Ihr habt es ausgesprochen, Deichgraf; Ihr müßt selbst am besten wissen, wer dazu taugen mag.“

Aber Hauke entgegnete: „Da ihr Geschworenen seid, so müßt ihr aus eigener, nicht aus meiner Meinung sprechen, Jakob Meyen; und wenn ihr's dann besser sagt, so werde ich meinen Vorschlag fallen lassen!“

„Nun ja, es wird schon recht sein,“ sagte Jakob Meyen.

Aber einem der Älteren war es doch nicht völlig recht: er hatte einen Brudersohn; so einer im Feldmesser sollte hier in der Marzsch noch nicht gewesen sein; der sollte noch über des Deichgrafen Vater, den seligen Tebe Haien, gehen!

So wurde denn über die beiden Feldmesser verhandelt und endlich beschlossen, ihnen gemeinschaftlich das Werk zu übertragen. Wehlich ging es bei den Sturzlarren, bei der Strohlieferung und allem andern, und Hauke kam spät und fest erschöpft auf seinem Wallach, den er noch derzeit ritt, zu Hause an. Aber als er in dem alten Lehnhuhl saß, der noch von seinem gewichtigen, aber leichter lebenden Vorgänger kamte, war auch sein Weib ihm schon zur-

Seite: „Du sehest so müde aus, Hauke,“ sprach sie und strich mit ihrer schmalen Hand das Haar ihm von der Stirn.
„Ein wenig wohl,“ erwiderte er.
— „Und geht es denn?“
„Es geht schon,“ sagte er mit bitterem Lächeln; „aber ich selber muß die Räder schieben und froh sein, wenn sie nicht zurückgehalten werden!“
— „Aber doch nicht von allen?“
„Nein, Effe; dein Vater, Jeme Manners, ist ein guter Mann; ich wollt, er wäre um dreißig Jahre jünger.“

Als nach einigen Wochen die Deichlinie abgesteckt und der größte Teil der Sturzlarren geliefert war, waren sämtliche Anteilhaber des einundehntenden Kooges, ingleichen die Weitzer der hinter dem alten Deich belegenen Ländereien durch den Deichgrafen im Kirchspielskrug versammelt worden; es galt, ihnen einen Plan über die Verteilung der Arbeit und Rotten vorzulegen und ihre etwaige Einwendung zu vernehmen; denn auch die letzteren hatten, sofern der neue Deich und die neuen Stiele die Unterhaltungslosten der älteren Werke verminderten, ihren Teil zu schaffen und zu tragen. Dieser Plan war für Hauke ein schwer Stück Arbeit gewesen, und wenn ihm durch Vermittlung des Oberdeichgrafen neben einem Deichboten nicht auch noch ein Deichschreiber wäre zugeordnet worden, er würde es sobald nicht fertig gebracht haben, obwohl auch jetzt wieder an jedem neuen Tage in die Nacht hinein gearbeitet war. Wenn er dann todmüde sein Lager aufsuchte, so hatte nicht wie vordem sein Weib nur in verhaltenen Schläfe seiner gewartet; auch sie hatte so vollgemessen ihre tägliche Arbeit, daß sie nichts wie am Grunde eines tiefen Brunnens in unersättlichem Schlafe lag.

Als Hauke jetzt seinen Plan vorlesen und die Papiere, die freilich schon drei Tage hier im Krüge zur Einsicht ausgelegen gatten, wieder auf den Tisch breitete, waren zwar ernste Männer zugegen, die mit Ehrerbietung diesen gewissenhaften Fleiß betrachteten und sich nach ruhiger Ueberlegung den billigen Ansichten ihres Deichgrafen unterwarfen; andere aber, deren Anteil an dem neuen Lande von ihnen selbst oder ihren Vätern oder sonstigen Vorbesitzern waren veräußert worden, beschwerten sich, daß sie zu den Kosten des neuen Kooges hinzugezogen seien, dessen Land sie nichts mehr angehe, unangehend, daß durch die neuen Arbeiten auch ihre alten Ländereien nach und nach erwidert würden; und wieder andere, die mit Anteilen in dem neuen Koog gelegt waren, klagten, man möge ihnen doch dieselben abnehmen, sie sollten um ein Geringes feil sein; denn wegen der unbilligen Leistungen, die ihnen dafür aufgebürdet würden, könnten sie nicht damit bestehen. Die Peters aber, der mit grimmigem Gesicht am Tisch saß, lehnte, rief dazwischen: „Bestant euch erst und dann vertraut unserm Deichgrafen! Der versteht zu rechnen; er hatte schon die meisten Anteile, da wählte er auch mir die meinen abzugeben, und als er sie hatte, beschloß er, diesen neuen Koog zu begeben!“

Es war nach diesen Worten einen Augenblick totenstill in der Versammlung. Der Deichgraf stand an dem Tisch, auf dem er zuvor seine Papiere gebreitet hatte; er hob seinen Kopf und sah nach Die Peters hinüber: „Du weißt wohl, Die Peters,“ sprach er, „daß du mich verleumddest! Du tust es dennoch, weil du überdies, auch weißt, daß doch ein auf Teil des Schmales, womit du mich bewirft, an mir wird hängen bleiben! Die Wahrheit ist, daß du deine Anteile los sein wolltest, und daß ich ihrer derzeit für meine Schafschuld bedürfte; und willst du weiteres wissen, das ungewöhnliche Wort, das dir im Krug vom Munde gefahren, ist sei nur Deichgraf meines Weibes wegen, das hat mich aufgereizelt, und ich hab euch zeigen wollen, daß ich wohl um meiner selbst willen Deichgraf sein könne; und somit, Die Peters, hab ich getan, was ich von Deichgraf vor mir hätte tun sollen. Trägst du mir aber Groß, daß derzeit deine Anteile die meinen geworden sind — du hörst es ja, es sind genug, die jetzt die übrigen um ein Billiges feilbieten, nur weil die Arbeit ihnen jetzt zu viel ist!“

Von einem kleinen Teil der versammelten Männer ging ein Beifallsmurmeln aus, und der alte Jeme Manners, der dazwischen stand, rief laut: „Bravo, Hauke Haien! Unser Herrgott wird dir dein Werk gelingen lassen!“

Aber man kam doch nicht zu Ende, obgleich Die Peters schwieg, und die Leute erst zum Abendbrot auseinander gingen; erst in einer zweiten Versammlung wurde alles geordnet; aber auch nur, nachdem Hauke statt der ihm zukommenden drei Gespanne für den nächsten Monat deren vier auf sich genommen hatte.

Endlich, als schon die Pfingstfeste durch das Land läuteten, hatte die Arbeit begonnen: unablässig führten die Sturzlarren von dem Vorlande an die Deichlinie, um den gehakten Klei dort abzuführen, und gleicherweise war dieselbe Anzahl Klei wieder auf der Rückfahrt, um auf dem Vorlande neuen aufzuladen; an der Deichlinie selber standen Männer mit Schaufeln und Spaten, um das abgeworfene an seinen Platz zu bringen und zu ebnen; ungeheure Fuhrer Stroh wurden angefahren und abgeladen; nicht nur zur Befriedung des leichteren Materials, wie Sand und lose Erde, dessen man an den Binnenseiten sich bediente, wurde das Stroh benutzt; allmählich wurden einzelne Strecken des Deiches fertig, und die Grassoden, womit man sie belegt hatte, wurden stellenweis zum Schutz gegen die nagenden Wellen mit fester Strogbekleidung überzogen; bestellte Aufseher gingen hin und her und, wenn es hürnte, fanden sie mit aufgeregten Wählern und Schreien ihre Befehle durch Wind und Wetter; dazwischen ritt der Deichgraf auf seinem Schimmel, den er jetzt ausschließlich in Gebrauch hatte, und das Tier flog mit dem Reiter hin und wieder, wenn er rauh und trocken seine Anordnungen machte, wenn er die Arbeiter lobte oder, wie es wohl geschah, einen Faulen oder Ungeschickten ohne Erbarmen aus der Arbeit wies. „Das hilft nicht!“ rief er dann; „um deine Faulheit darf uns nicht der Deich verderben!“ Schon von weitem, wenn er unten aus dem Koog heraufkam, hörten sie das Schreien seines Rosses, und alle Hände schlugen fester in die Arbeit: „Tisch zu! Der Schimmelreiter kommt!“

mit uns einig werden, wenn wir gemeinsam den gemeinsamen Weg gehen, wird er uns nicht verschlingen. (Lebhafter Beifall.) Das Räteystem, wie es in Russland besteht, wäre für uns ein Verhängnis, weil sie nicht alle Sozialisten zusammenfaßt, sondern die Diktatur einer Richtung bedeutet. Die Räte sind dazu angetan, die Gegensätze im sozialistischen Lager zu überbrücken. (Beifall links.)

Präsident Hauschild teilt mit, daß das Mitglied der Nationalversammlung, der ehemalige Volksbeauftragte Haase, in einem Telegramm die Behauptung Meiers (Zentralrat) zurückweist, nach der es die unabhängigen Repräsentanten gegeben sein sollen, die der Durchführung der bekannten Hamburger Punkte Schwierigkeiten bereitet hätten.

Es wird dann beschlossen, Sonntag von 9 bis 1 Uhr zu tagen, um möglichst Montag mit dem Kongreß schließen zu können. Schluß der Sitzung 8.30 Uhr.

6. Sitzung vom Sonntag, dem 13. April 1919.
9 1/2 Uhr vormittags.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort Vorredner

Hauschild: Mit tiefen Bedauern und Abscheu haben Sie alle heute morgen die Nachricht von der Ermordung des sächsischen Kriegsministers Meuring erhalten. (Die Kongreßteilnehmer erheben sich.) Die sozialdemokratische Fraktion und die Fraktion der unabhängigen sozialistischen Parteien sind an mich herangetreten mit dem Ersuchen, den Kongreß aufzuschieben, seinen Abscheu, seine Verurteilung dieser furchtbaren Mordtat, wie sie in Dresden geübt worden ist, kundzugeben. Ich glaube im Namen des gesamten Kongresses zu sprechen, wenn ich feststelle: der zweite Rätekongreß hat mit Entrüstung von der Ermordung des sächsischen Kriegsministers Meuring Kenntnis genommen. Der Kongreß verurteilt solche Brutalitäten auf das entschiedenste und appelliert an die wertvolle Bevölkerung Deutschlands, dafür Sorge zu tragen, daß der Kampf um die Befreiung des Proletariats nicht durch solche Mordtaten befeuert wird. — Sie haben sich meinen Worten angeschlossen, ich danke Ihnen.

Von den Delegierten Binder, Schimmel, Loos und Klügel ist eine Resolution eingegangen, die ihr tiefstes Bedauern über das Ueberhandnehmen der Spieltheater und des wilden Stragenhandels in der Reichshauptstadt ausdrückt. Als Ursache dieser schlimmen Krankheit an unserem Volkstempel bezeichnet die Resolution den langen Krieg, jedoch erwarten die Einbringer der Resolution, daß im Volksrat und im Willen alle diese Krankheiten zu überwinden. Vom Reich, Staat und Gemeinde werden unverzüglich geeignete Maßnahmen zur Beseitigung dieser Zustände gefordert, insbesondere werden die sozialistischen Führer der Arbeiterschaft aufgefordert, aufstehend zu wirken über die Gefahr, die auch den Arbeitern aus diesem Treiben erwächst.

Ohne Debatte wird ein Dringlichkeitsantrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen, der verhängt, daß nach in den Lagern befindliche Kriegsbeschädigte durch die neuerdings verfügte Herabsetzung der Löhne gefährdet werden. Vorher hatte die U. S. D. (Soldatenfraktion) berichtet über die Unterbrechung einer in dieser Sache vom Kongreß entsandten Deputation mit dem Kriegsminister.

Offiziell wurde mitgeteilt, daß die Kongreßteilnehmer von der Stadt Berlin nur für sechs Tage Versorgung mit Lebensmitteln erhalten könnten, so daß für Montag eine solche Versorgung ausgeschlossen sei. Außerdem sei nicht mehr so viel Geld vorhanden, um auch noch für Montag Diktanden auszuschicken.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Debatte über das Räteystem.

Eingegangen ist noch ein Antrag der sozialdemokratischen Mehrheitspartei: „Sich zur Neuordnung der Stellung der Arbeiter- und Bauernräte haben die bisherigen ihre Funktionen auszuüben. Die Regierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß von den Behörden die finanziellen Aufwendungen für die Arbeiter- und Bauernräte aufgebracht werden.“

Johannsen (Fraktion der Bauernräte): Wir vertreten eine Gruppe des Volkes, die für die Ernährung Deutschlands in erster Linie zu sorgen hat, also eine der wichtigsten Gruppen, der 25 Millionen Deutsche angehören. Auf dem Lande bildet alles eine große zusammengehörige Berufsgruppe. Belommen wir gleiche Rechte und Pflichten wie die anderen Gruppen, so werden wir freudig mitarbeiten an der Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Auch die Landarbeiter haben nur Lust zur Arbeit, wenn sie sich auf dem Lande wohl fühlen. Wir fordern eine feste Organisation der Landarbeiter- und Bauernräte, von unten nach oben bis zum Reichsbauernrat. Wir wollen auch ein Zusammenarbeiten auf sozialem Gebiete mit Vertretern von Gewerbe und Industrie. Wir verlangen Schutz der Landwirtschaft gegen Maßnahmen, die, mögen sie auch gut gemeint sein, doch die entgegengesetzte Wirkung ausüben. Denken Sie z. B. an die Viehhandelsverbände, die den Verbrauchern das Fleisch verteuern. Wir Landwirte wollen die Tier zu 20 Pf. das Stück abgeben, aber die Städter holen 1.50 Mk. Geben Sie uns Bewegungsfreiheit im Rahmen unserer wirtschaftlichen Interessen, Sie werden den Vorteil davon haben. Zum Wohle des deutschen Volkes muß das Räteystem in der Verfassung fest verankert werden. Das erkennen wir an. Wer arbeiten will, soll auch mitbestimmen an dem Produkt seiner Arbeit und den Erträgen der Produktion.

Binder (U. S. D.): Unser Antrag muß zum Beschluß erhoben werden, damit die Tätigkeit der Räte so lange geschieht, bis eine neue gesetzliche Grundlage gefunden wird. Kräftig habe ich lebhaftes Bedenken gegen das Zweikammersystem wegen der Fortsetzung der Verwaltung und Verlangsamung der Arbeiten. Wenn man aber die Kamern der Arbeit schafft, so müssen alle schaffenden Kräfte herangezogen werden, auch das schaffende Unternehmertum. Ich würde empfehlen, alle vorliegenden Anträge dem Zentralrat als Material zu unterbreiten, der dann aus der Fülle der Anträge das Zweckmäßigste und Beste herauszusuchen hätte. Man muß unterscheiden zwischen Betriebsräten und Produktionsräten. Die Betriebsräte haben vorwiegend soziale Aufgaben, Lohnregelung usw., sie dürfen aber nur im engeren Zusammenhang mit den Gewerkschaften tätig sein, die über Jahrzehnte Erfahrungen zum Wohle der Arbeiterschaft verfügen. Die Produktionsräte müssen einen tiefen Einblick in die Betriebe bekommen, und dabei sind die schaffenden Kräfte der Unternehmer nicht zu entbehren. Dem Geist der Verankerung, der durch unser Land geht, müssen wir den Geist der Sehzung entgegenstellen. Damit geben wir einen gewaltigen Anreiz zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft. Wir haben die Aufhebung des Adels und der Königtümer beschlossen, in Zukunft werden wir den neuen Adel der Arbeit haben.

Ein Vertreter der U. S. D.: Durch schändliche Maßnahmen hat man versucht, die Arbeiterräte zu vernichten. An Hand einer Reihe von Regierungsverordnungen versucht Redner den Beweis für seine Behauptungen anzubringen. Besonders hervorzuheben die Regierung gegen uns, als die Regeln zu den Gemeinderatswahlen ausgefertigt waren. Man bedenke uns damals, daß wir nach Beendigung der Wahlen zu verschwinden hätten. (Hört, hört! links.) Die Tätigkeit der Arbeiterräte soll keine kontrollierende sondern eine aufbauende sein. Wenn der Minister Willig gehen darf, hat unser Antrag zum Räteystem Lagerlich zu machen (Beifall links). Ich habe gar nicht daran gedacht. — Widerspruch links. — Zustimmung rechts. — Ich weiß, daß er sich nicht eingehend genug mit der Materie beschäftigt hat, zum mindesten aber nur an den Wortlaut unseres Antrages hielt. (Beifall bei der U. S. D.)

Sauber (Soldatenfraktion): Der revolutionäre Geist ist nicht der Geist der Vernichtung, er ist der Geist der Schöpferischen Tat. Daher haben wir heute wieder bei der Regierung noch beim Zentralrat etwas gemacht. (Beifall links.) Die U. S. D. hat wenig Interesse an politischen Umwälzungen, weil sie im Besitz der politischen Macht ist. Demnach hat sie bei ihrem Antrag Regierungsgewaltigen Gehör bei der letzten Selbstverwaltung nicht auf das politische Gebiet aus. Der Rätekongreß will den Arbeiter unter auf, in Ergänzung zu dem noch heute bestehenden Gewerbe, alles von oben aus zu reorganisieren. Wir müssen das

Mißtrauen gegen den politischen Gegner vertieren, wir müssen in ihm einen Mann sehen, der nach seiner Art das Beste für das Land und des Volkes Wohl will, dann werden solche Schwierigkeiten, wie sie heute aus Dresden gemeldet, nicht mehr vorkommen.

Betzmann (Hospitalant der Demokraten): Herr N. Müller hat gestern in einer Weise gegen die christlichen Gewerkschaften polemisiert, die uns zum energischsten Protest herausfordert. Wir haben stets unsere Pflicht und Schuldigkeit getan (na, na! links), aber wir können es ab, uns zu politischen Aktionen mißbrauchen zu lassen, wie das neulich in Elben bei Krupp verfußt wurde. (Zuruf links: Eure Mitglieder gehen ja doch mit uns!) Die Bestimmungen von links, mit Hilfe der Räte eine Diktatur aufzurichten, lehnen wir ab. Wir stimmen Otto Hue zu, wenn er sagt, daß diese Diktatur Selbstmord bedeute. Sie (zu den Unabh. Soz.) haben es in der Hand, die angebotene Diktatur der Regierung zu brechen, wenn Sie endlich dazu kommen, den Kampf nur mit geistigen Waffen zu führen. Die Erzeugnisse der Revolution kommen nicht in Gefahr durch die Gegenrevolutionäre von rechts, sondern durch die Verflechtung der Arbeiter. (Lebhafter Beifall.)

Büchel (U. S. D.): Der 9. November brachte uns wohl in den Besitz der politischen, aber nicht der ökonomischen Gewalt. Aufgabe des Kongresses ist es, die Räte so zu veranlassen, daß nun auch die ökonomische Gewalt in die Hände der Arbeiter kommt. Schon 14 Tage nach dem 9. November zeigte es sich, daß die Arbeiterräte sich um alles andere mehr kümmern, als um die Erhaltung der politischen Macht. Die wirtschaftlichen Aufgaben liegen ihnen eben viel näher. Sie sind das Arbeitsfeld der Arbeiterräte. Die Betriebsräte müssen in den Fabriken das Mitbestimmungsrecht erhalten. Die Arbeiterräte müssen aus den Betrieben heraus, sie haben die hohe Aufgabe, die Produktion zu regeln. Neben der politischen müssen wir die wirtschaftliche Demokratie erlangen, das kann nur geschehen, wenn neben der Volkskammer die Kammer der Arbeit steht. Wenn Sie (zu den U. S. D.) Ihren Auftraggebern sagen, was Kautski hier zu diesen Fragen gesagt hat, dann werden sie ganz anders urteilen. (Widerpruch b. d. U. Soz.) Das russische Räteystem ist ein Wahnsinn, das scheitern auch Lenin und Trotzki selbst eingesehen zu haben, denn am Ende vorigen Jahres erließen beim Berliner Volksgesundheitsrat russische Abgesandte und bateten uns, sofort Techniker und Ingenieure zum Wiederaufbau nach Russland zu senden. (Lebhafter Beifall, hört, hört!)

Hörle (U. S. D.): Das Verhängnis der Revolution ist, daß die U. S. D. im Laufe ihrer Entwicklung immer mehr zu einer Wahlmaschine wurde, in der die Gedankenengänge unserer Vorläufer untergingen. Die Geschichte wird einst von Ihnen (zu den Soz.) sagen: Sie wären ein jämmerliches Geschlecht! (Widerpruch bei der Mehrheit.) Das ist meine Auffassung. (Zuruf von der Mehrheit: Seit dem 9. November!) Sie haben Angst vor der eigenen Courage. Staat vorwärts, sind Sie immer rückwärts gegangen. (Lebhafter Widerspruch bei der Mehrheit.) (Gegen ihn ein schlechter Marzist, (Zuruf bei der Mehrheit: Besor wie gar keiner!) wenn er sagt, wenn die Nationalmahlen früher gewesen wären, dann hätten wir die Mehrheit gehabt. Die Regierungsmehrheit wird sehr bald auseinanderfallen. Alle die, die durch die Revolution aus ihrem politischen Schlaf aufgeweckt wurden, schließen sich den Sozialdemokraten an, weil sie sich während des Krieges als brave Patrioten erwiesen hatten. (Lärm bei der Mehrheit. — Zuruf: Und Ihre Anhänger? — Wann sprechen Sie über die Räte?) Die Einigung des Proletariats ist notwendig, sie kann aber nur zustandekommen, wenn Sie (zu den Soz.) sich mit uns zu revolutionären Taten vereinen. Schon in den nächsten Wochen wird eine neue revolutionäre Welle über unser Land hinweggehen, und Sie werden verfliegen. Nur eine feste Diktatur des Proletariats kann uns Rettung bringen. (Beifall bei den U. S. D. — Widerpruch bei der Mehrheit. — Zurufe: Novembersozialist!)

Loos (Dem.): Wie lange dauert die revolutionäre Courage im Herzen des Vorredners? Nach der Revolution sollen wir zu zeigen, ist nicht schwer. (Lärm bei den U. S. D. — Beifall bei der Mehrheit.) Sie (zu den U. S. D.) verlangen die Diktatur des Proletariats! Wer ist denn heute Proletariat? Die Angeestellten und Beamten sind mehr Proletariat als die Handarbeiter. (Widerstand bei der Mehrheit links.) Wir dürfen niemanden ausschalten, der mitarbeiten will am großen Werk des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens. Den Sozialdemokraten rufe ich zu: Wie lange wollt Ihr noch leivieren? Wie lange wollt Ihr aus Angst vor der aufgeputzten Masse an dieselbe Konzeption machen? (Beifall bei den Dem. — Hört, links.) Herrn Däumig haben wir zugestimmt, weil er ehrlich behauptet ist, nur mit geistigen Waffen zu kämpfen um aus dem ewigen Parteigekänk herauszukommen.

Lauterbach (U. S. D.): Es ist nicht nötig, für meine Fraktion zu erklären, daß wir jede Diktatur ablehnen, und fest zur Demokratie stehen. Wer durch Zwang die Reihen der Arbeiter festigen will, ist auf dem falschen Wege, ihren Geist und ihre Herzen gewinnt man dadurch nicht. Richard Müllers geistige Kritik an der Arbeiterschaft ist sehr weit über das Ziel hinaus. Ich werde nicht an, zu erklären, daß diese Arbeiterschaft eine Tat war zum Wohle der Arbeiterschaft. Die wirtschaftliche Vertretung der Interessen der Arbeiter, das war von jeher die wesentliche Aufgabe der Gewerkschaften, ihre Taktik war die bewegliche aller deutschen Organisationen. Nur ein Wahnsinniger kann behaupten, daß die Gewerkschaften heute überflüssig sind. Nicht nur heute, auch in der Zukunft gebrauchen wir die Gewerkschaften und ihre segensreiche Tätigkeit zum Wohle der Arbeiterschaft. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Bähler (U. S. D.): Ich habe den Eindruck, daß wir einander vorbetreden. Es scheint mir, daß hier der rechte Geist fehlt. Der Redner wendet sich dagegen, daß der Zentralrat die Räteorganisation habe „abwürgen“ wollen. Der Rätekongreß darf nicht auseinander gehen, ohne an die Regierung das Verlangen zu stellen, die nachgeordneten Instanzen anzuweisen, bei der Finanzierung der Arbeiterräte keine Schwierigkeiten mehr zu machen. Bis zur Neuordnung des ganzen Systems der Arbeiterräte müssen die bisherigen Arbeiterräte ihre Funktionen mit aller Energie wahrnehmen.

Soz. Führer und Genossen habe eine Anfrage an die Regierung gerichtet, in der um Auskunft gebeten wird, in welchem Maße von der Entente in den besetzten Gebieten die Arbeiterräte aufgestellt worden sind.

Ein Schlussantrag wird angenommen. Das Schlusswort erhält Däumig. Er wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen Willigs. Herr Willig hat es mir verdonnert, daß ich von der Vorbereitung einer neuen Welle gesprochen habe. Was sagt er aber dazu, daß uns von dem Landrat in Bitterfeld ein richtiger Kriegsplan gegen den Bolschewismus vorliegt, der die Niederschlagung der Revolution zum Ziele hat. Dieser Entschluß ist die Bewaffnung des Landvolkes gegen die Arbeiter vor. (Auf: Gehst vom Ministerium des Innern aus!) Was die Ausführungen des Ministers über die Demokratie angeht, so ist zu sagen, daß wir den zweiten Teil des Erfurter Programms nicht als ein Evangelium ansehen. Das Glend des wirtschaftlichen und sozialen Lebens kann nicht durch Parlamentsbeschlüsse behoben werden. Wenn man ein Volk aus seiner Entbehrung wieder erheben will, muß man ihm vor allen Dingen Vertrauen zu sich selber beibringen. Heute steht uns der Untertan wie im beiseitigen Heinrich Mann in seinem Roman schildert, noch tief in den Gliedern. Auch wir. (Hört, hört!) Wir wissen, daß einige unserer Minister einen schmerzlichen Aelternkrieg gegen die reaktionären Geheimräte. (Sehr richtig!) Dieser Umstand zeigt, daß sie nicht den guten Willen haben, die Dinge zu verändern, das sagt uns aber auch, daß wir die Pflicht haben, den Kampf gegen die Reaktion beizubehalten. Herr Minister Willig hat uns gestern hier Darstellungen über das Räteystem gezeigt. Ich möchte ihn fragen, warum er uns die Dinge, wie sie heute liegen, nicht auch in der gleichen Form gezeigt hat. Es sind unheimlich politische Fehler begangen worden. Auch von meinen Parteimitgliedern muß ich jetzt sagen. Solange beispielsweise heute in der Regierung ist, hat es größere Entgegnungen ge-

geben. Der Redner erklärt: Sobald die kommunalen Arbeiterräte und tritt für deren Beibehaltung ein. Die Schwierigkeiten bei der Durchführung des Räteystems sind nicht so groß, wie es der Minister gestern dargestellt hat. Das eine ist allerdings richtig, daß der Parlamentarismus in der heutigen Form sich mit dem Räteystem nicht vereinbaren läßt. Was uns von dem Antrag Cohen trennt, ist der Umstand, daß er den Unternehmern Gleichberechtigung gewährt, das wieder wir nicht mit. Der Vätergedanke beharrt in den Köpfen der Arbeiter einer gründlichen Klärung. Der Mangel daran hat viel Rätefeindlichkeit entstehen lassen. Willig und Kautski haben die Arbeit gefeiert. Wir stimmen ihnen darin bei. Über den Räten muß es gelingen, den Kampf von der Arbeit zu nehmen, damit sich das faulstiche Wort verwickelt, nach dem auf freiem Grunde ein freies Volk stehen soll. (Lebhafter Beifall im ganzen Saale.)

Cohen-Neuß: Gegen den Antrag der U. S. D. sind von drei Fronten Angriffe erfolgt. Herr Michaelis hat die reine Demokratie gegen unseren Antrag ins Feld geführt. Doch eine reine Demokratie gibt es nicht. Die Demokratie ist nicht ein Ding für sich. Die Rätekommer neben dem Parlament folgt aus dem Doppelbegriff Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie will nicht nur die Demokratie, sondern die soziale Demokratie. In Russland hat man die Sache auf eine falsche Basis gestellt. Es ist nachgewiesen worden, daß Russland einen Beamtenapparat zu unterhalten hat, der viel größer und kostspieliger ist als er in dem früheren Russland war. Als ich gestern mich gegen die Diktatur wandte, wurde mir entgegen gerufen: Erleben wir jetzt! (Sehr richtig!) Nein, das ist nicht sehr richtig. Wo die Regierung zur Diktatur geschritten ist, da ist diese Diktatur provoziert worden durch die Diktatur und die Ansprüche dazu, die von der Gegenseite ausgegangen sind. Der Redner rekapituliert nochmals den sozialdemokratischen Antrag und bittet um seine Annahme. Wenn der Kongreß in dem Punkte des Räteystems etwas zustande bringt, das Bestand hat, dann wird er in der Geschichte dieser Revolution eine größere Rolle spielen als irgend ein anderes revolutionäres Parlament. (Lebhafter Beifall.)

Willig beantwortet die Anfrage von Bod und Genossen, wo in den besetzten Gebieten von der Entente Arbeiterräte aufgestellt worden sind. Ich bin durch den Rätekongreß die ganze vorige Woche festgehalten worden, so daß ich nicht genau über alles unterrichtet bin, was in Weimar eingegangen ist. Mir ist alles von Aufstellungen von Arbeiterräten im besetzten Gebiete nichts bekannt. (Hört, hört!)

In der Abstimmung werden die Anträge der Unabhängigen über die Form des Räteystems abgelehnt. — Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion über die zukünftige Gestaltung wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und einiger Demokraten angenommen.

Angenommen werden ferner die Anträge 7 und 25, die die Regierung auffordern, für die Finanzierung der Arbeiterräte Sorge zu tragen, und daß den Arbeiterräten ihre entstandenen Kosten ersetzt werden. — Schließlich findet Annahme ein Antrag der U. S. D., nachdem die Arbeiter- und Bauernräte bis zur endgültigen Neuordnung der Rätefrage ihre Funktionen beibehalten sollen.

Hörle (U. S. D.) verwahrt sich in einer persönlichen Bemerkung gegen die Zwischenrufe, die ihn am Ende seiner Rede einen Novembersozialisten nannten. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr. Schluß 1 Uhr 30 Minuten.

Das Räteystem.

Auf dem Rätekongreß wurde der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion bezüglich des Räteystems und ein Zusatzantrag „Sich zur Neuordnung der Arbeiterräte die bestehenden Räte beizubehalten und auch ihre Funktionen festzulegen“ mit allen Stimmen gegen 5 der Demokraten angenommen. Der Antrag lautet:

1. Die Grundlage der sozialistischen Republik muß die sozialistische Demokratie sein. Die formal-demokratische bürgerliche Demokratie verliert in ihrer Vertretersystem die Bevölkerung nach der bloßen Zahl. Die sozialistische Demokratie muß deren Ergänzung bringen, indem sie die Bevölkerung auf Grund ihrer Arbeitstätigkeit zu erfassen strebt.
2. Dies kann am besten durch die Schaffung von Kamern der Arbeit geschehen, zu denen alle arbeitstätigen Deutschen, nach Berufen gegliedert, maßberechtigt sind.
3. Zu diesem Zweck bildet jedes Gewerbe unter Berücksichtigung aller in ihm tätigen Kategorien (einschließlich der Betriebsleiter) einen Produktionsrat, in den die einzelnen Kategorien ihre Vertreter (Räte) entsenden. Die Landwirtschaft und die freien Berufe bilden entsprechende Vertretungen.
- 3a. Die Räte gehen aus Wahlen hervor, die in den einzelnen Betrieben oder in den zu Berufsverbänden zusammengelegten Betrieben erfolgen.
- 3b. Der Produktionsrat des einzelnen Gewerbezweiges der Gemeinde wird mit dem Produktionsrat des gleichen Zweigs in Kreis, Provinz, Land und Reich zu einem Zentralproduktionsrat verbunden.
4. Jeder Produktionsrat wählt Delegierte in die Kammer der Arbeit, die in der kleinsten Wirtschaftseinheit beginnt.
5. Diese ist die Gemeinde, resp. Großgemeinde; Gemeinden, die eine Wirtschaftseinheit bilden, werden zusammengelegt.
6. Die Produktionsräte der Kreise, Provinzen, Länder und der Gesamtrepublik tun dasselbe. Ueberall besteht eine allgemeine Volkskammer und eine Kammer der Arbeit.
7. Jedes Gesetz bedarf der Zustimmung beider Kammern, doch erhält ein Gesetz, das in drei aufeinander folgenden Jahren von der Volkskammer (Gemeindevertretung, Kreisversammlung, Provinzialvertretung, Landtag, Reichstag) unverändert angenommen wird, Gesetzeskraft.
8. Jede der beiden Kammern hat das Recht, eine Volksabstimmung zu verlangen.
9. Der Kammer der Arbeit gehen in der Regel alle Gesetzentwürfe wirtschaftlichen Charakters (vor allem die Sozialisierungsgesetze) zuerst zu. Es liegt ihr ob, auf diesem Gebiet die Initiative zu ergreifen. Der Volkskammer gehen in der Regel die Gesetzentwürfe allgemein politischen und kulturellen Charakters zuerst zu. Die Zustellung der Delegierten auf die einzelnen Berufe wird durch besonderes Gesetz geregelt.

Die Pensionslast des Reiches.

Der Etat des allgemeinen Pensionsfonds umfaßt die Staaten Preußen, Sachsen und Württemberg; Bayern führt seinen Pensionsfonds für sich und die Ausgaben Bayerns müssen, um ein vollkommenes Bild zu gewinnen, den Ausgaben des Reiches zugerechnet werden. Ein bayerischer Etat liegt momentan noch nicht vor, jedoch die Höhe der Ausgaben Bayerns für Pensionen im Moment nicht festgestellt werden kann. Das Reich muß für das Rechnungsjahr 1919 ausbringen an Pensionen für Angehörige des früheren Reichsbeeres 23 200 000 Mk., dazu kommen dann noch die Pensionen der Offiziere usw. mit 51 573 000 Mk.; Wartegeelder, Bewilligungen für Hinterbliebene, Gewandpensionen, Pensionszuschüsse, Beihilfen an bedürftige Pensionäre, anderweitige Unterhaltungen, Kosten für künstliche Glieder usw., so daß sich eine Gesamtausgabe ergibt von 101 107 300 Mk. In diesen Ausgaben für Pensionen sind aber nicht enthalten die Summen, die aus Anlaß des Krieges gezahlt werden müssen. Diese belaufen sich im Rechnungsjahr 1919 auf 825 500 000 Mk., und zwar Ber-

Aus Nah und Fern.

Blutvergießen in Berlin. Die Schießereien in der Nähe des Alexanderplatzes kostete einem Soldaten und drei Zivilisten das Leben. Mehrere Personen wurden verwundet. In der Nacht kam es auch zu mehreren Schießereien zwischen Einbrechern und Schutzleuten.

Familien-drama im Eisenbahnwagen. In einem Abteil erster Klasse eines Personenzuges auf der Strecke Rottbus-Görlitz gab im Verlaufe von Streitigkeiten der Gastwirt Thomas aus Ussa (Kreis-Görlitz) mehrere Revolverhiebe auf seine Frau ab, die diese schwer verletzten. Thomas wurde von der Bahnhofs-kommandantur in Haft genommen, während die Frau dem Krankenhaus zugeführt wurde.

Streik der Stieckämpfer. Aus Madrid wird berichtet, daß die Vereinigung der „Titabores“ bei den Anaren der Stieckgeschichte in den Streik getreten sind.

Vorgangsgebühren für die zur Klasse der Unteroffiziere und Gemeinen gehörenden Personen des Soldatenstandes 237 500 000 Mk.; Pensionsgebühren für Offiziere, Sanitäts-offiziere und Beamte 138 000 000 Mk.; Bewilligungen für Hinterbliebene für Offiziere, Sanitäts-offiziere und Beamte 34 300 000 Mk.; Bewilligungen für Hinterbliebene von Personen der Unterklasse des Soldatenstandes 365 700 000 Mk. Die Höhe der Pensionen der Offiziere wird noch feststehen, weil erst jetzt, nach Beendigung des Krieges eine Menge Offiziere, die bisher in der Verwaltung beschäftigt wurden, mit Pensionsansprüchen hervortreten werden, die sich auf Erkrankungen oder Verwundungen stützen, die mit dem Kriege im unmittelbaren Zusammenhang stehen. Das Reichsmilitär-Gericht erfordert an Pensionen 194 725 Mk., die Marineverwaltung braucht 12 220 290 Mk. an Versorgungsgebühren. Infolge des Krieges hat die Marine zu leisten 11 462 000 Mk.; die Pensionslast der Schutztruppen beziffert sich nach dem Friedensstand auf 58 422 Mk.; die Versorgungsgebühren anlässlich des Krieges beziffern sich bei der Schutztruppe auf 2 919 000 Mk.; die Versorgungsgebühren infolge

der Expedition nach Ost-Asien belaufen sich jetzt noch auf 3 734 700 Mk.; an ehemaligen französische Militärpersonen, die im Jahre 1871 mit zu Deutschland gekommen sind, müssen jetzt noch 272 500 Mk. bezahlt werden, die allerdings in Bezug kommen dürfen, wenn Ersatz-Lieferungen endgültig französisch wird.

Insgesamt belaufen sich die Ausgaben für Pensionen und Versorgungsgebühren auf 1 333 741 418 Mk.; dabei ist mit voller Sicherheit anzunehmen, daß diese Kosten noch eine weitere Erhöhung erfahren werden, denn es ist ganz unmöglich, daß die Kriegsschädigten mit den Renten auskommen können, die ihnen heute gewährt werden. Führt man bloß eine Erhöhung um 50 % ins Auge, so würde das eine Mehrausgabe von mindestens eine halbe Milliarde bedeuten, ohne daß damit die Kriegsschädigten so gekostet werden, daß sie wirklich gegen alle Härten des Lebens geschützt erscheinen können.

Verbot des Elektrizitätsverbrauchs in Industrie- und Gewerbebetrieben am Sonnabend, dem 19. April 1919.

Auf Grund der mir zustehenden besonderen Befugnisse verleihe ich mit Rücksicht darauf, daß die Kohlenzufuhr nach Lübeck wegen der Streikbewegung im Ruhrrevier zurzeit völlig eingestellt ist,

die Entnahme von Kraftstrom

aus dem Leitungsnetz der Ueberlandzentrale und des Städtischen Elektrizitätswerkes am Sonnabend, dem 19. April 1919, zu gewerblichen Zwecken in allen Industrie- und Gewerbebetrieben mit Ausnahme der Betriebe der Nahrungs-, Futter- und Düngemittel-Industrie sowie der Lübeck-Büchener Eisenbahn.

Zwischenhandlungen gegen dieses Verbot werden auf Grund des § 6 der Verordnung vom 7. November über die wirtschaftliche Demobilisierung bestraft.

Lübeck, den 16. April 1919.

Der Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung.
Dr. Link.

Aufruf betr. den Verkauf von Bonbon und anderen Süßwaren.

In sehr vielen Verkaufsgeschäften von Bonbon und anderen Süßigkeiten werden diese Waren nicht lose, sondern in Altrappen, Tassen und anderen Verpackungen abgegeben. Die Preise für diese Verpackungen sind vielfach so hoch, daß der Kauf von Süßigkeiten dadurch für einen großen Teil der Bevölkerung unmöglich wird. Ich weise darauf hin, daß seitens der Reichs-Zuckerstelle in Berlin am 28. Januar 1919 Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über den Verkehr von Süßigkeiten vom 28. Dezember 1918 erlassen worden sind, in welchen u. a. bestimmt ist:

- 1. daß Abmachungen von Waren verschiedener Preislagen nur auf Verlangen des Käufers und nur bei Abgabe an Verbraucher vorgenommen werden dürfen, nicht auch bei Abgabe im Großhandel;
- 2. daß in den Kleinverkaufsräumen ein Aufschlag angebracht sein muß, worin die jeweils zum Verkauf gestellten Arten von Süßigkeiten mit ihren Kleinverkaufspreisen deutlich ersichtlich sind;
- 3. daß der Kleinverkauf von Süßigkeiten in den handelsüblichen Verpackungen, z. B. Altrappen, Tassen usw., nur auf ausdrückliches Verlangen des Käufers zulässig ist. Es müssen also auf Anforderung des Käufers, wenn die gewünschten Süßigkeiten nicht auch offen in handelsüblichen Verpackungen gehandelt werden, die Altrappen geleert und ihr Inhalt getrennt abgegeben werden. Nach Abschreibung des angemessenen Wertes für die Altrappen und Füllkosten, dürfen die Höchstpreise für Süßigkeiten nicht überschritten werden.
- 4. Handelsübliche Kleinpackungen (Schachteln, Dosen, Porteei u. dgl.) dürfen nur mit Genehmigung der Reichszuckerstelle in Berlin gesondert in Rechnung gestellt werden.

Ich mache alle Inhaber von Verkaufsgeschäften für Süßigkeiten auf die Notwendigkeit aufmerksam, obige Bestimmungen streng zu befolgen, und gebe diese Bestimmungen auch dem kaufmännischen Publikum zur Kenntnis mit der Aufforderung, auch seinerseits auf die Befolgung der Bestimmungen hinzuwirken.

Lübeck, den 15. April 1919.
Der Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung.
Dr. Link.

Öffentliche Verdingung.

Die Ausführung von Erd-, Mauer- und Zimmerarbeiten für den Einbau von 13 Kleinwohnungen in der früheren Küchenabteilung der alten Irrenanstalt soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.

Angebote sind bis zu dem
am Sonnabend, dem 26. April 1919, mittags 12 Uhr,
im Bauamt, Mühlenbamm 10, stattfindenden Verdingungstermin in verschlossener, mit entsprechender Aufschrift versehenem Umschlag an das Bauamt einzureichen.
Lieferungsverzeichnisse und Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.
Zuschlagsfrist 2 Wochen.
Lübeck, den 14. April 1919.

Das Bauamt, Abt. Hochbau.

Nach einer Verfügung der Regierung dürfen die Steuerarten, welche vom 1. April bis 6. Juli Gültigkeit haben, bis auf weiteres noch nicht ausgeben werden.
Termin der Ausgabe wird bekannt gegeben.
Bad Schwartau, 12. April 1919.

Der Stadtmagistrat.
(Ernährungssache.)
Frank.

Für Gewerbebetriebe und Arbeiter, welche durch Kriegsschwer gelitten haben, stehen noch Darlehen zu günstigen Bedingungen zur Verfügung.
Bad Schwartau, 12. April 1919.

Ausfunftserteilung über Entlassungsanträge.

Entlassene Seereisende wenden sich fortgesetzt mit mündlichen oder schriftlichen Anträgen über Entlassungsanträge, mit Klagen über unvollständige Abfindung mit Entlassungsanträgen usw. an die Befehlungs-Abteilung des Kriegsministeriums an die Generalkommandos oder Intendanturen, die hierdurch sehr überlastet werden, daß der Dienstbetrieb auf das äußerste erschwert ist. Es wird daher von der Seereiserverwaltung darauf hingewiesen, daß derartige Schreiben an das zuständige Bezirkskommando zu richten sind, das für Erfüllung, unmittelbare Erledigung oder Verantwortung nach den erlassenen Bestimmungen zu sorgen hat. Beschwerden über die Beantwortung der Gesuche durch das Bezirkskommando sind nicht an die genannten Behörden, sondern an die den Bezirkskommandos unmittelbar vorgesetzten Dienststellen zu richten. Diese sind im Bereiche des 4. Armeekorps die Landwehr-Inspektion Altona für die Bezirkskommandos Hamburg I, II, III, Altona I, II, Kiel und Neumünster.

- die 33. Inf.-Brig. für die Bezirkskommandos Bremen I und Bremerhaven,
- die 34. Inf.-Brigade für die Bezirkskommandos Rostock und Wismar,
- die 35. Inf.-Brig. für die Bezirkskommandos Schleswig und Flensburg,
- die 36. Inf.-Brig. für die Bezirkskommandos Rendsburg und Stade,
- die 31. Inf.-Brig. für die Bezirkskommandos Lübeck und Bremen II,
- die 17. Feld-Art.-Brig. für die Bezirkskommandos Schwerin, Waren und Neustrelitz.

Alle für die Folge von Entlassenen an das Kriegsministerium, Generalkommando und die Intendantur unmittelbar gerichteten Anfragen, Gesuche und Klagen solcher Art bleiben unbeantwortet.

Wahlvorschläge für die Neuwahlen zum Arbeiterrat.

Gemäß § 9 der Verordnung des Senates sind die Wahlvorschläge bis spätestens Freitag, den 18. April d. Js. beim unterzeichneten Amt einzureichen. Jeder Wahlvorschlag muß von mindestens 30 wahlberechtigten Personen unterzeichnet sein. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzufügen. Jeder Bewerber darf nur auf einer Wahlvorschlagsliste stehen und jeder Wähler nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Mehrere Wahlvorschläge können bis zum 18. April d. Js. miteinander verbunden werden.

Das Statistische Amt.

Bekanntmachung.

Durch Nat- und Bürgerstich vom 5. März 1919 sind ab 1. April 1919 die Preise für Gas, das unter Verwendung eines Röhrgasmessers bezogen wird,

- 1. wenn die Leitungsanlagen nebst Verbrauchsgesamständen vom Gasabnehmer selbst beschafft werden, 31 Pfg.,
- 2. wenn die Leitungsanlagen nebst Verbrauchsgesamständen dem Gasabnehmer von den Gaswerken teilweise überlassen werden, auf 34 Pfg.,

Die Betriebsbehörde.

Öffentliche Verdingung.

Die Ausführung der Malerarbeiten zum Neubau von 50 Kleinwohnungen an der Kerkeringstraße soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.
Angebote sind bis zu dem am
Donnerstag, dem 24. April 1919, mittags 12 Uhr,

im Bauamt, Mühlenbamm 10, stattfindenden Termin in verschlossener, mit entsprechender Aufschrift versehenem Umschlag an das Bauamt einzureichen.
Lieferungsverzeichnisse und Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.
Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Lübeck, den 14. April 1919.

Das Bauamt, Abt. Hochbau.

Am Donnerstag, dem 17. April, von 8-10 Uhr werden durch den Stadtmagistrat im Laden des Konsumvereins
Eier
abgegeben an die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben A-D. Gültnerhalter sind zur Entnahme nicht berechtigt.
Stadtmagistrat Bad Schwartau.
(Ernährungssache.)
Frank.

Bekanntmachung.

Feuerbestattungen
können wegen Kohlenmangels an hiesigen Krematorium bis auf weiteres nicht mehr angenommen werden.
Lübeck, den 15. April 1919.

Die Friedhofsbehörde.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke anlässlich meines 25jähr. Jubiläums danke herzlich
W. Weller.

Für die Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation danke herzlich
Carl Störmer u. Frau
nebst Sohn Rudolf

Für die vielen Geschenke und Glückwünsche zur Konfirmation danke herzlich
Friedrich Peters und Frau
nebst Sohn Friedrich.

Für d. erwies. Aufm. a. Anl. d. Konf. unfr. Tochter Gretchen danke herzlich
R. Holzapfel und Frau
nebst Tochter Gertrud.

Für die Glückwünsche zur Konfirmation unseres Sohnes Karl danke herzlich
A. Rönfeldt und Frau
nebst Sohn.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation danke herzlich
Familie Matthes.
Siems.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation danke herzlich
Felix Wittkowsky
nebst Sohn.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation danke
C. Husfeldt und Frau
nebst Tochter Käthe

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation danke herzlich
Otto Schan und Familie.
Friedenstr. 83.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation danke herzlich
G. Rühdel und Frau
nebst Tochter.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation lagen beiten Dank
C. Bergmann und Frau
nebst Tochter Olga.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation danke herzlich
Fr. Wehr und Frau
nebst Tochter Clara.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Käthe auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank
Aug. Leonhardt und Frau
nebst Tochter Kath.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation meines Sohnes danke herzlich
E. Groth Wwe.
und Sohn Heinrich.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation unseres Sohnes danke herzlich
A. Tobias und Frau
nebst Sohn Wilhelm.

Für erwies. Aufmerksamkeit und Geschenke z. Konfirm. unfr. Sohnes Bruno danke herzlich
J. Bade u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Glückwünsche u. Geschenke z. Konfirmation unfr. Sohnes danke herzlich
Ernst Palow u. Frau
nebst Sohn.

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unseres Sohnes Bruno danke herzlich
Heinr. Tag und Frau
nebst Sohn.

Für die uns anlässlich der Konfirmation unserer Tochter Elise überbrachten Geschenke u. Glückwünsche sagen herzlichsten Dank
Friedr. Martens u. Frau
Adlerstr. 6. (974) nebst Tochter.

Für die erwiesenen Aufmerksamkeit und Glückwünsche zur Konfirmation unserer Tochter danke herzlich
Aug. Maas und Frau
Lübeck. n. Tochter Gertrud

Für die erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation danke herzlich
W. Berg und Frau
nebst Sohn Wilhelm.

Für die erwiesenen Aufmerksamkeit zur Konfirmation unserer Tochter Gretchen sagen herzlichsten Dank
Friedrich Wiesckendorf
nebst Tochter.

Für die uns zur Konfirmation unserer Tochter Johanna erwiesenen Aufmerksamkeit danke herzlich.
H. Peters u. Frau nebst Tochter. Etzelzdorf. (831)

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elia danke herzlich.
H. Kahl u. Frau nebst Tochter Henriet.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danke sehr herzlich.
Fritz Rau und Frau nebst Tochter Else.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Anna danken herzlich **Holtr. Maack und Frau** (987) nebst Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation meines Sohnes danken herzlich **H. Regling Ww.** nebst Sohn Hermann.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Ludwig danken herzlich **E. Rüdlich und Frau.** (941)

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Thea sagen herzlich Dank **Anton Hemmrich und Frau** nebst Tochter. (929)

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter danken herzlich **J. Klei und Frau** (908) nebst Tochter Elise Beth.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Betty sagen herzlich Dank **W. Jürgens und Frau** nebst Tochter Betty. (882)

Für die Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter danken herzlich **Familie Mewes** und Tochter Anna. (959) Auustienstraße 29a.

Für die vielen Geschenke und Glückwünsche zur Konfirmation danken herzlich **Friedrich Engel und Frau** nebst Tochter Anna. (891)

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation meiner Tochter Gertrud danken herzlich **Anna Mager** nebst Tochter Gertrud. (947)

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation danken herzlich **G. Weise und Frau** nebst Tochter. (953)

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Willi danken herzlich **Friedr. Tews und Frau** (985) nebst Sohn.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elise danken herzlich **Johann Schröder u. Frau** nebst Tochter. (956)

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation unseres Sohnes Henri danken herzlich **C. Mäde und Frau** nebst Sohn. (932)

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Gertra sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank **Wilhelm Meyer und Frau** nebst Tochter. (924) Mailblumenstraße 9. II.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter sagen herzlich Dank **J. Basch und Frau** nebst Tochter. (964)

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation danken herzlich **Chr. Tolm und Frau nebst Sohn** (905)

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Walter und Tochter Gertrud danken herzlich **H. Kock und Frau** nebst Sohn und Tochter. (938)

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation danken herzlich **Georg. A. Brandt u. Frau** nebst Sohn und Tochter. (920)

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes danken herzlich **Heinrich Eckmann u. Frau** Wandersdorfstr. 8. und Sohn. (905)

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes Rudolf danken herzlich **H. Burmester und Frau.** (905)

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Erich danken herzlich **F. Schacht u. Frau u. Sohn.** (925)

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation meiner Tochter dankt **H. Fiedler, Meierstraße.** (925)

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation danken wir herzlich **Frau Wahls nebst Sohn Walter** (941)

Für die Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation freut er sich hiermit unsern herzlichsten Dank aus **Willy. Vater u. Frau** (955) nebst Sohn Johannes.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation danken herzlich **Heltr. Busch** u. Frau nebst Tochter Elise. Krähnenstraße 34. (952)

Für die herzlichsten Glückwünsche und Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes danken herzlich **K. Schomann u. Frau** Postweg. und Sohn Gustav. (978)

Für die Glückwünsche zur Konfirmation unseres Sohnes Johannes danken herzlich **Joh. Fischer und Frau** nebst Sohn. (870)

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Konfirmation unseres Sohnes Willi danken herzlich **Heinrich Beutling u. Frau** (971) nebst Sohn.

Für die vielen Glückwünsche und Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes sagen herzlich Dank **H. Matthesen und Frau** Grüner Weg 10b. nebst Sohn. (928)

Für die erwiesenen Aufmerksamkeit zur Konfirmation unseres Sohnes danken herzlich **A. Paternog und Frau** (872) nebst Sohn Walter.

Für die erwiesenen Aufmerksamkeit zur Konfirmation dankt herzlich **Familie Hermann. Schmidt** (922)

Für die erwiesenen Aufmerksamkeit zur Konfirmation dankt herzlich **W. Jürgens und Frau** (882)

Für die erwiesenen Aufmerksamkeit zur Konfirmation dankt herzlich **W. Jürgens und Frau** (882)

Für die erwiesenen Aufmerksamkeit zur Konfirmation dankt herzlich **W. Jürgens und Frau** (882)

Zu verkaufen: Bergschmelz- nicht. Stiehmütterchen- und Erdbeerpfanzen. (908) Endowallstr. 31.

Ein Sportwagen mit Gummibereifung billig zu verkaufen. (907) Süchtling, Dänischburg.

Zu kaufen gesucht ein geb. Meißner (940) Gneisenstr. 15a. I.

Ganz alter Soldatenrock zu kaufen gesucht. Anna u. B 93 an die Gr. (942)

Fertiggestelltes Kartoffelland auf der Föhringer Halbe. Gute 1.40 200, wird am 2. Ostertag vermessen. Anmelddungen nimmt entgegen (871) W. Zillow, Vöhringstr. 71.

Das Kartoffelland auf Föhring wird am Freitag und Sonnabend tiefer Worte zumessen

Atelier "Ideal" Breite Straße 39. Beste Bezugsquelle für Konfirmanden. 12 Postkarten Mk. 5,00.

Frida Koch Putz- u. Modewaren (907) jetzt nur Mariesgrube 11, I. Etage.

Vorwetten für alle deutschen Rennplätze nimmt mit Beginn der diesjährigen Renn-Saison (1919) entgegen

Öffentliche Wett-Annahmestelle des Lübeck-Traumänder Rennklubs e. V. Lübeck: Hongsstraße Nr. 54 u. Nebenstelle Schüsselbuden 3 (W. Jahn). Annahmeschluss einen Tag vor dem Rennen.

Während ich zur Rechtsanwaltschaft bei den hiesigen Gerichten und bei dem hiesigen Landgericht in Verbindung mit dem hiesigen Notar in Samlung zuzulassen bin, habe ich mich hier als Rechtsanwält niederzulassen und über meine Praxis in Verbindung mit den hiesigen Rechtsanwälten und Notaren **Drs. Benda, Vormehren & Hoffmann** in deren Geschäftsräumen (Habsburgstr. 4, I.) auf. Lübeck, im April 1919. **Hans Ewers,** Rechtsanwalt. (656)

Wir haben uns mit Herrn Rechtsanwalt Hans Ewers zur gemeinsamen Ausübung unserer Anwaltschaft verbunden. Lübeck, im April 1919. **Dr. Emanuel Benda, Dr. Kurt Vormehren, Dr. Otto Hoffmann,** Rechtsanwälte und Notare.

Unsere Kassen und Geschäftsräume bleiben am **Ostersonntag, den 19. April 1919** geschlossen.

Bank für Handel und Gewerbe e. S. m. b. H., Commerz-Bank in Lübeck, Commerz- und Diskonto-Bank Filiale Lübeck, Dresdner Bank Filiale Lübeck, Alfons Frank & Co., Holsten-Bank Abteilung Lübeck, Kreditbank Lübeck, e. S. m. b. H., Landbank Lübeck, e. S. m. b. H., Lübecker Privatbank, Spar- und Anleihe-Kasse Lübeck, Spar- und Verschleiß-Verein Schwartau, Verschleiß- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck, Louis Wolff, Kommandit-Gesellschaft. (929)



Billige Angebote zum Oster-Feste

Handschuhe

- Damen-Handschuhe feines Trikotgewebe 125
- Damen-Handschuhe Perlfäden mit 2 Druckknöpfen 175
- Weißer Handschuhe feines Trikotgewebe 275
- Leinen imit. Handschuhe feinfarbig 375
- Seidene Handschuhe glatt 5⁵⁰ porös 4⁵⁰

Modewaren

- Damen-Kragen für Blusen u. Jackets, Tüll u. Batist 4.75 3.75 225
- Unterzieh-Passen mit Kragen in Tüll 5.50 4.50 275
- Elegante Seiden-Kragen hell u. dunkel farbig 11.50 9.25 675
- Elegante Tüll-Jabots in entzück. Ausführung 15.75 11.50 875
- Straußfeder-Rüschen schöne volle Exemplare, einfarbig und in aparten Farbestellungen 2950 1875 1500 775 625 bis 85.00 Mk.

In reicher Auswahl **Moderne Herren-Krawatten** Selbstbinder und fertige Formen

950 775 550 375 125 bis 22.00 Mk.

Schmuckachen

- Moderne Halsketten 1075 bis 750
- Elegante lange Ketten 750 bis 675
- Moderne Broschen 850 bis 950
- Aparte Silberbroschen mit Bernstein, Achat u. and. Halbedelsteinen 450 bis 975
- Rock- und Blusennadeln 950 bis 500

Damen-Taschen aus Silber u. Alpaka in grosser Auswahl

Lederwaren

- Damen-Handtaschen Bügel- u. Ueberschlagform 14500 bis 275
- Eleg. Besuchstaschen teils mit Innen-Auss. attg. 8500 bis 125
- Kinder-Handtaschen 675 bis 165
- Geld-Börsen in solider Ausführung 4200 bis 175
- Banknoten-Taschen 3900 bis 225
- Zigarren-Taschen 2800 bis 175

Toilette-Artikel

- Zier-Kämme Schildpatt imitiert und dunkel, verschiedene Formen Durchweg 185
- Einsteck-Kämme große runde Form 275
- Haarspangen Schildpatt imitiert und dunkel 1.75 1.25 45.9 250
- Elegante Haarspangen durchbrochen 2.65 und 275
- Elegante Haarspangen mit Similibesatz 5.75 4.50 275
- Haarnetze Stirn- u. Haubennetze a. Menschenhaar, stark. Fabrik., 165

Oster-Attrappen

Eier, Hasen und Phantasie-Figuren

Oster-Karten

Suppen und allen anderen Speisen

mit oder ohne Fleisch, ob gekocht, geschmort oder gebraten, verleiht der schon seit Jahren vor dem Kriege gebräuchte und während der Kriegszeit für die Allgemeinheit zur Wohltat gewordene altbekannte und unübertroffene 915

Ohsena (früher Ochsena) **Fleischextraktersatz**

die richtige Würze und wirklich kräftigen Rindfleischgeschmack. Wer Ohsena noch nicht kennt, mache einen Versuch, der entschieden befriedigen wird — Ohsena enthält wenig Salz und sind demnach alle Speisen je nach Geschmack bis zu 25% nachzusalzen. — Ohsena ist überall zu haben.

Alleinige Hersteller: Altonaer Margarine-Werke Mohr & Co., E. m. b. H., Altona-Ottensen